

Möglichkeiten einer reichen Stadt

Etat-Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014



Fraktion im Römer

Inhalt

Pressemeldung

Einleitung

Liste der Anträge

Anträge

V.i.S.d.P.:

Dominike Pauli

Bethmannstr. 3

60311 Frankfurt am Main

Stand: November 2013



Fraktion im Römer

PRESSEINFORMATION

- Mit der Bitte um Veröffentlichung -

Bethmannstr. 3 – (Zimmer 106)
60311 Frankfurt
Telefon 069 – 95 92 909 – 0
Telefax 069 – 95 92 909 – 17
presse@dielinke-fraktion.frankfurt.de
www.dielinke-im-roemer.de

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Den Spar-Phantasien ein Ende setzen – Haushalt realistisch betrachten!

Die Fraktion DIE LINKE. im Römer hat ihre Ideen und Vorschläge für den Etat 2014 eingebracht. Mit insgesamt 38 Anträgen zeigt DIE LINKE auf, welche Möglichkeiten für eine sozial gerechtere und ökologisch nachhaltigere Politik für Frankfurt bestehen. Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Dominike Pauli: „Was uns CDU und Grüne als Haushaltsentwurf für 2014 vorlegten, ist eine Melange aus Ankündigungen, Unzumutbarkeiten und einem Bluff. DIE LINKE deckt den Bluff auf und stellt mit ihren Etatanträgen einen ausgewogeneren und sozialeren Gegenentwurf vor“.

DIE LINKE entwerfe im Unterschied zu anderen Fraktionen ein realistisches Bild der Frankfurter Haushaltssituation. „Frankfurt rechnet sich seit Jahren systematisch arm. Wie schon in den Jahren zuvor, werden die Erträge künstlich klein und die Aufwendungen zu hoch angesetzt. Mit diesem Haushaltstrick stellt sich die finanzielle Situation der Stadt dramatischer dar, als sie in Wirklichkeit ist. Frankfurt steht im Vergleich zu anderen Kommunen sehr gut da. Und die Menschen sollten eigentlich nicht in dem Glauben leben, Frankfurt sei eine überschuldete Stadt“, kommentiert Pauli die gegenwärtige Lage.

Das Problem in Frankfurt liege nicht in der angespannten finanziellen Situation, sondern an den politischen Prioritäten von Schwarz-Grün. „Wir sehen ein Problem darin, wie die Stadtregierung mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht. So hat das gescheiterte PPP-Projekt `Brückensanierung´ mehr als 5 Millionen Euro gekostet, ohne das auch nur eine Brücke saniert wurde. Für die Planungen des Neubaus des Höchster Krankenhauses wurden ebenfalls Unsummen ausgegeben. Ob und wann und wie der Neubau kommt, weiß im Moment kein Mensch. Genehmigte Fördergelder sind verfallen, weil die Stadt die Termine nicht eingehalten hat. Dies sind nur die aktuellen Daten einer sehr langen Liste. So was nenne ich Verschwendung durch Unfähigkeit und Klientelpolitik pur!“

Auch die SPD fällt auf den Haushaltstrick rein und spricht von einer angespannten Haushaltssituation. Im Gegensatz zur SPD zeigt DIE LINKE mit ihren Etatanträgen Gestaltungsspielräume auf und setzt deutlich andere Prioritäten für den Frankfurter Haushalt. Pauli: „Um diese zu finanzieren, fordern wir neben der Erhöhung der Gewerbesteuer die Rekommunalisierung der zuvor privatisierten Betriebe. Der konsolidierte Abschluss des Konzerns Frankfurt weist für das Jahr 2012 einen Überschuss von 100 Millionen Euro aus. Von diesem Überschuss hat Frankfurt allein letztes Jahr fast 40 Millionen Euro Gewinne an private Unternehmen abgeführt. Millionen mit denen Schulen saniert oder auch die Erhöhung der Einkommensgrenzen für den Frankfurt-Pass finanziert werden könnte. Wir wollen auch die personelle Ausstattung der kommunalen Verwaltung verbessern. Viele Projekte in Frankfurt werden immens teuer, weil die personellen Kapazitäten und dadurch das Know-how für die Realisierung fehlen. Andere Parteien wollen mit Sparvorschlägen den Haushalt um jeden Preis sanieren. Wir sagen aber: Wer heute an den falschen Stellen spart, der zahlt morgen und übermorgen das Doppelte und Dreifache. Und in Frankfurt gibt es genügend Beispiele dafür“.

Kontakt:

Dominike Pauli, Telefon: 069 315376

Möglichkeiten einer reichen Stadt

Im Unterschied zu den anderen Fraktionen im Frankfurter Stadtparlament basieren die Etatvorschläge der LINKEN im Römer auf einer realistischen Betrachtung der Haushaltslage. Daraus ergeben sich für die Planung ganz andere Konsequenzen, als im Haushaltsentwurf und in der öffentlichen Debatte suggeriert wird.

Insbesondere was die Verschuldung der Stadt angeht, hat DIE LINKE einen anderen Blick. Frankfurt ist keine überschuldete Stadt! Das Defizit der letzten Jahre hat sich auf einem niedrigen Niveau bewegt. In 2012 lag die Schuldenquote, ausgedrückt als das Verhältnis der Verbindlichkeiten zu den ordentlichen Aufwendungen inklusive Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen, bei 70,9 Prozent. Das Verhältnis von städtischem Defizit zu den ordentlichen Aufwendungen inklusive Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen (Defizitquote) in 2012 betrug 0,84 Prozent. Von solchen Verhältnissen können andere Kommunen nur träumen.

Geringerer Schuldenanstieg

In den kommenden Jahren werden die Schulden auch nicht in dem Maße steigen, wie sie im Haushaltsentwurf und in der Begründung zum Haushaltsplan angegeben werden. Im Frankfurter Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 werden maximale Kreditaufnahmen mit 1,07 Mrd. Euro aus dem Jahr 2013 einkalkuliert. Den entsprechenden Magistratsvorlagen sind aber nur Kredite in Höhe von ca. 310 Mio. Euro aus dem Jahr 2013 zu entnehmen. Trotzdem wurde aber mit Zinsaufwendungen für die volle Kreditsumme von 1,07 Mrd. Euro in 2013 kalkuliert. Darauf macht DIE LINKE in ihrem Antrag „Ein Drittel des Haushaltslochs ist reiner Bluff – Frankfurt wird künstlich arm gerechnet!“ aufmerksam und will, dass der Haushalt korrigiert wird.

Mit dieser Bewertung der Finanzlage sehen die Gestaltungsmöglichkeiten für die kommenden Jahre anders aus. So müssten Vereine und Verbände keine Kürzungen im Bereich Soziales und Kultur fürchten. Deshalb fordert DIE LINKE im Römer die Rücknahme der Kürzungen in diesen Bereichen.

Sparen bei unnötigen Projekten

Weil die Stadt Frankfurt weniger Schulden aufnimmt, als im Etatentwurf angegeben, bedeutet dies nicht, dass nicht gespart werden kann. Es gibt in Frankfurt genügend Projekte, auf die verzichtet werden kann. Deren Nichtrealisierung auf lange Sicht der Kommune etliche Kosten erspart. Einige dieser Projekte sind im Antrag „Unnötige oder überbeuerte Projekte stoppen!“ aufgezählt. Allein durch den Verzicht auf diese Projekte würde die Stadt 200 Millionen Euro weniger ausgeben. Und die Liste mit unnötigen und überbeuerten Projekten lässt sich fortsetzen.

Mehr Wohnungen, gesunde Umwelt

DIE LINKE will, dass Frankfurt zu einer Stadt für alle wird. Der Bau von bezahlbaren Wohnungen ist eine Bedingung dafür. Aus diesem Grund soll die städtische Wohnbaugesellschaft ABG ihrem Satzungszweck gerecht werden und den Bau von Sozialwohnungen auf jährlich 2.500 erhöhen. DIE LINKE schlägt vor, dass dafür die entstehenden Gewinne der ABG verwendet werden. Alleine mit dem Bau von Wohnungen ist es nicht getan: Die Menschen haben auch ein Recht auf eine gesunde Umwelt. Dazu gehören die Bekämpfung von Fluglärm und ein gesundes Stadtklima.

Möglichkeiten für kostenlosen ÖPNV

Aus Sicht der LINKEN verbindet ein kostenloser ÖPNV Klimaschutz mit Teilhabegerechtigkeit, weil für uns Mobilität zu den Menschenrechten gehört. Er wirkt gegen soziale Ausgrenzung im Sinne eines nachhaltigen sozial-ökologischen Stadtumbaus. Ob ein kostenloser ÖPNV in Frankfurt möglich ist, soll mit einer Machbarkeitsstudie herausgefunden werden. Die dafür erforderlichen Mittel fordert DIE LINKE in ihrem Antrag „Machbarkeitsstudie zum Nulltarif“.

Obwohl alle Fraktionen sich das Thema Bildung auf die Fahnen geschrieben haben, wurde in Frankfurt keines der anderen Bereiche dermaßen vernachlässigt. Deshalb fordert DIE LINKE, dass der Magistrat zumindest zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf inklusive Beschulung, die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen in den Schulen schafft und hierfür einen Plan erstellt. Dafür sollen 600.000 Euro bereitgestellt werden.

Lieber grob richtig, als präzise falsch

Um all die Aufgaben zu erfüllen genügt es nicht, an bestimmten Stellen zu sparen. Frankfurt muss auch Möglichkeiten nutzen, ihre Einnahmen zu steigern. Hier hat die Fraktion DIE LINKE im Römer Vorschläge erarbeitet. Eine Forderung für die Einnahmesteigerung ist die Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes von derzeit 460 Punkten auf 490 Punkte. Anders als von der Unternehmer-Lobby behauptet, würde eine höhere Gewerbesteuer nicht zu einer massenhaften Flucht von Unternehmen aus Frankfurt führen. Denn für die Standortentscheidung spielen weitaus mehr Kriterien eine Rolle, als die Erhöhung der Gewerbesteuer um 6,5 Prozent.

Gesamtgesellschaftliche Effekte

Um die Einnahmen zu steigern muss die Kommune auch darüber nachdenken, ob und wie sie ihr zugesichertes Steuerfindungsrecht nutzt. Auch hierfür hat DIE LINKE Vorschläge: Ein Instrument ist die kommunale Niedriglohnabgabe. Mit dieser Abgabe kann die Kommune direkte Einnahmen erzielen. Wichtiger aber ist, dass Unternehmen durch die Abgabe gezwungen werden, die Löhne zu erhöhen. Durch den Wegfall von „Aufstockern“ gehen die Ausgaben für Transferzahlungen zurück. Somit stehen der Kommune mehr Mittel zur Verfügung, die für sinnvolle Projekte verwendet werden können. Auf der andern Seite bedeuten höhere Löhne für den Frankfurter Einzelhandel auch mehr Umsätze.

Die Gewinne bleiben bei der Stadt

Neben den steuerrechtlichen Instrumenten besitzt die Kommune weitere Gestaltungsmöglichkeiten zur Einnahmesteigerung. Ein wichtiges Stichwort ist hierbei die Rekommunalisierung. Die Stadt sollte vor allem die Abfallentsorgung wieder in eigener Regie organisieren. Vor dem Hintergrund, dass Frankfurt allein in 2012 fast 40 Millionen Euro Gewinne an private Unternehmen abgeführt hat, kämen neben der Abfallentsorgung andere Bereiche der Daseinsvorsorge für die Rückführung in Eigenregie in Betracht.

Die Etat-Anträge der LINKEN zeigen auf, dass es in Frankfurt nicht an Möglichkeiten mangelt. Was Schwarz-Grün fehlt, ist der politische Wille!

Die Etat-Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Römer

Produktbereich: 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten

Integration: Materielle und personelle Ressourcen schaffen

Produktbereich: 13 Stadtplanung

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Halbtagesstelle für das Offene Haus der Kulturen e.V.

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV

Einhausung: Bestmöglichen Lärmschutz an der A 661 und A 66 realisieren

Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten

Lärmschutz: Konkret handeln – in Ruhe leben

Machbarkeitsstudie zum Nulltarif

Die Substanz von städtischen Straßen und Wegen erhalten

Produktbereich: 17 Wohnen

Zentrale Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen schaffen

Produktbereich: 18 Soziales

Kürzungen im Bereich Soziales zurücknehmen

Erhöhung der Eintrittspreise für Bäder, Zoo, Museen und Palmengarten zurücknehmen

„Frankfurt-Pass“ – endlich anpassen!

Investitionen in die Zukunft

Finanzielle Unterstützung für den Verein Tiertafel e.V.

Langfristige Finanzierung für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. sicherstellen

Produktbereich: 20 Bildung

Investieren in Kopf und Bauch: Regional und gesund aufpassen bei der Essensversorgung an Schulen

Gute Praxis muss gesichert werden: Höchster Bildungsschuppen finanziell dauerhaft unterstützen

Voraussetzungen für Inklusion schaffen

Marode Schultoiletten sanieren

Volkshochschule – Zuschuss erhöhen!

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport

Kultur fördern: Erhalt des antagon Theaters

Kulturvielfalt fördern statt kaputt sparen! Den Zuschuss für das Kulturprogramm des Club Voltaire weiter gewähren

Kultur fördern: Interkulturelle Bühne langfristig erhalten

Zuschuss für "naxos. KINO IM THEATER"

Begegnung muss bezahlbar sein: Zuschüsse für die Vereinsveranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH erhöhen

Produktbereich: 22 Umwelt

Erfolgsmodell „Stadttaubenprojekt“ in Oberrad finanzieren

Dem Klimawandel begegnen – mehr Gelder für die Grünflächen

Produktbereich: 30 Büro OB/Betreuung der Gremien

Die Arbeit der Seniorenbeiräte unterstützen und anerkennen

Produktbereich: 34 Grundstücks- und Gebäudemanagement

Neue Stellen im Hochbauamt schaffen

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft

Gewerbesteuereinnahmen erhöhen- mehr Steuerfahnder einsetzen

Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge!

Steuergeschenk zurück nehmen- Gewerbesteuer anheben!

Leerstand besteuern!

Lohndumping darf sich nicht lohnen!

FES rekommunalisieren – nie mehr risikolose Gewinne für Remondis garantieren!

Rekommunalisierung und Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze im Bildungsbereich

Unnötige oder überteuerte Projekte stoppen!

Ein Drittel des Haushaltslochs ist reiner Bluff – Frankfurt wird künstlich arm gerechnet!

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Integration: Materielle und personelle Ressourcen schaffen

Produktbereich: 10 Wahlen und übergeordnete Angelegenheiten
Produktgruppe: 10.03 Integration und Antidiskriminierung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, in jedem Dezernat die Stelle eines Integrationsbeauftragten einzurichten. Die Aufgaben des Integrationsbeauftragten sind die Koordinierung und Kontrolle der Erreichung des im Frankfurter Integrations- und Diversitätskonzept festgehaltenen Ziels: „Interkulturelle Öffnung von Politik und Verwaltung“. Die Stellen werden dem Dezernat Integration zugeordnet. Die benötigten Mittel werden im Haushalt zusätzlich bereitgestellt.
2. Der Magistrat wird beauftragt, für die Geschäftsstelle der Kommunalen AusländerInnenvertretung eine neue Referentenstelle einzurichten. Die benötigten Mittel werden im Haushalt zusätzlich bereitgestellt.
3. Der Magistrat wird beauftragt, eine Koordinierungsstelle innerhalb der Stadtverwaltung einzurichten, die in Schulen, Vereinen, städtischen Gesellschaften, Stadtpolizei und Verbänden Projekte und Initiativen gegen Rassismus und Antisemitismus fördert und ausbaut. Hierfür werden ausreichend Mittel im Haushalt eingestellt. Diese Koordinierungsstelle wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme aller Projekte und Initiativen zu machen und ein Gesamtkonzept zu entwickeln. In diesem Gesamtkonzept sollen alle Projekte und Initiativen zu diesem Themengebiet gebündelt, koordiniert und nachhaltig weiterentwickelt werden.

Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung hat im Herbst 2010 ein Integrations- und Diversitätskonzept verabschiedet. Auf diesem Konzept aufbauend wurde das erste Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2012 veröffentlicht. Die Daten zeigen, dass in Frankfurt noch viel gemacht werden muss und der Bedarf einer praktischen Arbeit bezüglich Integration mehr als notwendig ist. Integration ist nicht ein ungeklärtes, individuelles Problem von Menschen, die einen Migrationshintergrund besitzen, sondern eine Querschnittsaufgabe der Stadt, um ein soziales und gerechtes Miteinander zu ermöglichen. Beim Themenfeld, welches mit „Integration“ überschrieben wird, handelt es sich auch um eine soziale Frage und demnach muss auch gehandelt werden. Wir brauchen weder unzählige Richtlinien, noch festgeschriebene Handlungsbereiche, wenn das eigentliche Problem weiterhin ungelöst und die Aufgabe unerledigt bleibt. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Migrantenvereinen ist nötig, um einen Dialog herzustellen und Arbeitsgrundlagen zu schaffen. Darüber hinaus brauchen wir ein verbessertes Integrationskurssystem mit einer fairen Bezahlung der Lehrkräfte, anonyme Bewerbungsverfahren, um Diskriminierung entgegenzuwirken und finanzielle Förderung der Migrantenvereine. Dies alles können wir nur leisten, wenn wir die materiellen und personellen Ressourcen dafür bereitstellen.

Die rassistischen Übergriffe auf zwei Frankfurter mit Migrationshintergrund haben wieder einmal gezeigt, wie notwendig eine Koordinierungsstelle gegen Rassismus in Frankfurt ist. Die Stadt Frankfurt muss in diesem sensiblen Bereich ihrer Verantwortung gerecht werden und ein Signal setzen, dass sie aktiv gegen Rassismus und Antisemitismus eintritt.

Auch angesichts der Tatsache, dass in den letzten Jahren permanent rassistische Gruppen versuchen, in Frankfurt Aufmärsche zu organisieren und Neonazis in der Stadtverordnetenversammlung vertreten sind, ist es dringend erforderlich, dass in diesem sensiblen Bereich die notwendige Bildungsarbeit geleistet und die Anstrengungen gegen Rassismus und Antisemitismus koordiniert werden. Antirassistische Arbeit sollte sich jedoch nicht auf offenkundig Rechtsextreme beschränken, sondern ein breiteres Spektrum einbeziehen. Denn Rassismus in all seinen Ausprägungen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem und muss bekämpft werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Bezahlbaren Wohnraum schaffen

Produktbereich: 13 Stadtplanung

Produktgruppe: 13.01 Stadtplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die ABG Frankfurt Holding wird beauftragt, im Jahr 2014 mit der Planung und dem Neubau von 1.000 Sozialmietwohnungen zu beginnen. Die Anzahl der Wohnungsneubauten in diesem Bereich ist in den Folgejahren auf 2.500 Einheiten pro Jahr zu steigern.
2. Die Gewinne der ABG Frankfurt Holding werden nicht ausgeschüttet, sondern für den Bau der Sozialmietwohnungen verwendet.
3. Die Sozialmietwohnungen werden im Passivhausstandard gebaut.
4. Der anfängliche Mietzins darf 5,50 Euro/m² nicht übersteigen.
5. Die Stadt stellt Grundstücke auf Erbpachtbasis zur Verfügung.
6. Die Stadt wirkt auf stadtnahe Stiftungen ein, der ABG Frankfurt Holding günstige Erbbauflächen zur Verfügung zu stellen.
7. Für das Haushaltsjahr 2014 wird der Haushaltsposten der Investitionsmaßnahme 5.001232 von 32 Millionen auf 50 Millionen Euro erhöht.

Begründung:

In Frankfurt mangelt es an bezahlbarem Wohnraum! Jede/r mit einem kleinen Geldbeutel, der/die in Frankfurt schon einmal auf Wohnungssuche war, macht diese Erfahrung. Auch die Mieterverbände machen schon seit geraumer Zeit auf dieses Problem aufmerksam.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Die hohe Nachfrage an günstigem Wohnraum wurde mit zahlreichen Studien wissenschaftlich belegt. Auch ist dem Haushaltsentwurf für 2014 zu entnehmen, „vor dem Hintergrund der weiterhin abschmelzenden Bestände und des nach wie vor hohen Anteils an einkommensschwachen und benachteiligten Haushalten soll auch in Zukunft deren Versorgung mit Wohnraum sichergestellt werden. Hier ist jährlich die Vermittlung von mindestens 2.500 Wohnungen notwendig, was auch in den durch die Stadtverordnetenversammlung am 26.01.2006 beschlossenen „Leitlinien Wohnen“ festgeschrieben wurde.“ Aufgrund des Zuzuges und der steigenden Einwohnerzahlen ist in Frankfurt mit einem weitaus höheren Bedarf an bezahlbarem Wohnraum in den nächsten Jahren zu rechnen. Deswegen muss hier langfristig geplant und gebaut werden, um diesen Bedarf zu erfüllen.

Die Änderung der geltenden Kündigungssperrfrist von zehn auf fünf Jahren bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verschärft zusätzlich die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt.

Die Stadt muss sich intensiver darum bemühen, Bauträger für Sozialwohnungen zu finden. Der städtischen ABG Frankfurt Holding GmbH kommt dabei die Hauptrolle zu, denn sie ist dazu verpflichtet, die breite Schicht der Bevölkerung mit Wohnraum zu versorgen (Auszug aus dem Gesellschaftsvertrag der ABG Frankfurt Holding Wohnungsbau- und Beteiligungsgesellschaft mbH: „Zweck der Gesellschaft ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Bei der Wohnungsversorgung berücksichtigt sie im Besonderen auch Wohnungssuchende, die aufgrund ihrer persönlichen Verhältnisse oder Umstände Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben.“)

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

Halbtagesstelle für das Offene Haus der Kulturen e.V.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Verein Offenes Haus der Kulturen e.V. soll eine Halbtagesstelle zur Koordination und Organisation für die Entwicklung des Studierendenhauses zum Offenen Haus der Kulturen geschaffen werden. Für diese Stelle werden aus dem städtischen Haushalt Mittel in Höhe von 20.000 Euro als Zuschuss für den Verein bereitgestellt.

Begründung:

Zurzeit erfolgt die Arbeit im Verein ausschließlich auf ehrenamtlicher Basis, mit Mitteln des Vereins und projektbezogener Drittmittel. Der Verein strebt an, für die Übergangsphase - der Entwicklung vom Studierendenhaus zum Offenen Haus der Kulturen - eine Halbtagesstelle zur Koordination und Organisation zu schaffen.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Einhausung: bestmöglichen Lärmschutz an der A 661 und A 66 realisieren

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.03 Verkehrsanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Planungsmittel für die Einhausung der BAB A 661 und der A 66 werden in den Haushalt 2014 eingestellt, sofern Bund und Land nicht für die Kosten herangezogen werden können.
2. Die Einhausung wird entlang des kompletten Ausbaus der A 661 und A 66 innerhalb des Stadtgebiets geplant, sodass die AnwohnerInnen entsprechend den Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes vor Lärm geschützt werden.

Begründung:

Die Verantwortung für den Lärm an den Autobahnen haben die AutofahrerInnen als VerursacherInnen und der Bund als der Zuständige für die Autobahnen, nicht die AnwohnerInnen. Folgerichtig muss der Bund für die Kosten des Lärmschutzes aufkommen. Die Stadt Frankfurt wiederum trägt die Verantwortung für die Gesundheit der BürgerInnen. Deshalb muss sie für die Kosten für den nötigen Lärmschutz aufkommen, wenn es keine Möglichkeit gibt, das Geld vom Bund zu erhalten.

Es kann nicht sein, dass dem motorisierten Individualverkehr mehr und mehr Raum und Geld zugestanden wird, währenddessen die Gesundheit der Menschen in den Hintergrund gedrängt wird. Die Machbarkeitsstudie „Einhausung BAB 661“ von Krebs und Kiefer hat eindeutig gezeigt, dass Lärmschutz bestmöglich nur mit einer Einhausung gewährleistet

werden kann. Wenn schon der Ausbau der BAB 661 nicht mehr zu verhindern ist, dann sollen zumindest die AnwohnerInnen den bestmöglichen Lärmschutz erhalten. Gleiches gilt für den Ausbau der A 66, besonders im Bereich der Ein- und Ausfahrten am Riederwaldtunnel. Da nachträgliche Schutzbauten um ein Vielfaches teurer werden, muss beim Neubau des Tunnels die Einhausung mit Luftreinigungsanlage mitgebaut werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Frankfurt fußgängerfreundlich gestalten

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV

Produktgruppe: 16.12 Verkehrsplanung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das erfolgreiche Pilotprojekt „Nahmobilität Nordend“ wird auf alle anderen Stadtteile übertragen. Zur Planung und Umsetzung des Konzepts werden die erforderlichen Ressourcen und Mittel ab 2014 im Haushalt eingestellt.

Begründung:

Zum Pilotprojekt Nahmobilität ist auf den städtischen Internetseiten zu lesen: „Der Magistrat wurde beauftragt, zur Verbesserung der Situation im Fußverkehr die im Gesamtverkehrsplan (GVP) als Grobkonzept erarbeiteten Grundsätze und Standards anhand von kleinmaßstäblicheren Planungen auf Stadtteilebene zu vertiefen und umzusetzen. In dem Zusammenhang wurden zur Förderung des Fußverkehrs von 2006 bis 2010 im Pilotprojekt Nahmobilität im Nordend Methoden und Maßnahmen erfolgreich erprobt.“

Das erfolgreiche Projekt sollte daher auf die anderen Stadtteile übertragen werden, denn zu Fuß gehen ist die umweltfreundlichste Fortbewegungsart. Nahezu ein Drittel aller Wege in der Stadt werden zu Fuß zurückgelegt!

Explizites Ziel ist es, auf den nun vorliegenden positiven Erfahrungen im Nordend aufzubauen und zu einer sinnvollen gesamtstädtischen Umsetzung zu gelangen. Die Stadtverordnetenversammlung hat mit dem Gesamtverkehrsplan eine konsequente Förderung des Fußgängerverkehrs beschlossen. Dieser Beschluss ist zügig und konsequent umzusetzen. Eine fußgängerfreundliche Stadt ist ein Stück Lebensqualität.

DIE LINKE. im Römer

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Lärmschutz: Konkret handeln – in Ruhe leben

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.01 Erschließung

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe: 22.02 Umweltcontrolling

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. In den Haushalt 2014 werden ausreichend Finanzmittel eingestellt, damit die bereits begonnenen Kommunalen Lärminderungspläne bis Ende 2014 für alle Stadtteile erarbeitet werden können.
2. Zur Umsetzung der in den Lärminderungsplänen empfohlenen Maßnahmen werden in den Haushalt 2014 erstmals Finanzmittel für den aktiven und passiven Lärmschutz eingestellt. Die Mittel sind fortzuschreiben.
3. Lärmschutz ist eine komplexe Aufgabe und betrifft verschiedene Dezernate und Fachbereiche. Die Stadt Frankfurt richtet daher eine Koordinationsstelle für den Lärmschutz ein. In den Haushalt 2014 wird das dafür notwendige Geld für Personal und Sachmittel eingestellt.
4. Die Stadt Frankfurt verwendet künftig bei allen Straßenbaumaßnahmen, ob Sanierung, Um- oder Neubau, ausschließlich Flüsterasphalt, um die Lärmbelästigung durch den Straßenverkehr zu reduzieren. Dafür wird in den Haushalt 2014 ausreichend Geld eingestellt. Diese Mittel sind fortzuschreiben.
5. Es wird ein Runder Tisch eingerichtet, der von der neu geschaffenen „Koordinierungsstelle Lärmschutz“ geleitet wird. Hier werden im Austausch mit den jeweiligen AnwohnerInnen und auf der Grundlage der Kommunalen Lärminderungspläne Maßnahmen erarbeitet.

Begründung:

Die gesetzlich zuständige Behörde für die Lärmaktionsplanung ist das Regierungspräsidium Darmstadt, das ebenfalls einen Lärminderungsplan für Frankfurt erstellt. Dieser Plan ist nicht so detailliert wie die Kommunale Lärminderungsplanung, welche die Stadt Frankfurt aus Eigeninitiative heraus für einige Stadtteile bereits erarbeitet hat. In der B 553/2008 (Lärmkartierung und Lärmaktionsplanung des Landes Hessen - Lärminderungsplanung in Frankfurt am Main) heißt es dazu:

„Nach Aussage des Hessischen Umweltministeriums sind beim Land Hessen keine Finanzmittel für die Umsetzung lärmindernder Maßnahmen der Lärmaktionsplanung bereitgestellt worden. Angesichts dieser Rahmenbedingungen wird die Lärmaktionsplanung des Landes Hessen nur sehr allgemeine Handlungsempfehlungen formulieren.“

Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Frankfurt selbst aktiver wird und die Erarbeitung der Kommunalen Lärminderungspläne fortsetzt. Das städtische Umweltamt, das mit der Erarbeitung betraut ist, braucht mehr Personal und mehr Geld. Die „Koordinationsstelle Lärmschutz“ ist daher hier am sinnvollsten angesiedelt.

Der Handlungsbedarf nimmt zu. Denn Lärm, insbesondere Verkehrslärm, stellt für immer mehr Menschen in der Stadt eine massive Beeinträchtigung der Lebensqualität und zunehmend eine ernsthafte Gesundheitsgefährdung dar. Nachgewiesen sind zahlreiche Krankheitsbilder, die durch Lärm ausgelöst werden, von Konzentrationsschwächen und Schlaflosigkeit über Schwerhörigkeit bis hin zu Herz-Kreislauferkrankungen.

Der Schutz der in der Stadt lebenden und arbeitenden Menschen vor Lärm ist daher eine der vordringlichsten Aufgaben. Die Frankfurter Lärminderungspläne dokumentieren unmittelbar die Notwendigkeit zum Handeln. Maßnahmen zur Verminderung des Lärms wie z.B. Geschwindigkeitsbegrenzungen, Lärmsanierung („leiser“ Straßenbelag), Lärmschutzpflanzungen und bauliche Lärmschutzmaßnahmen kosten Geld. Sollen die Lärmkartierung und die erarbeiteten Lärminderungspläne nicht folgenlos bleiben, muss der Magistrat entsprechende Mittel für passiven wie auch aktiven Lärmschutz in den Haushalt einstellen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Machbarkeitsstudie zum Nulltarif

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV
Produktgruppe: 16.11 Förderung Öffentlicher Personennahverkehr

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Im Haushalt 2014 werden die erforderlichen Mittel eingestellt, um eine Machbarkeitsstudie zur Einführung eines fahrscheinlosen öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) im Tarifgebiet 50 in Auftrag zu geben.
2. Die Machbarkeitsstudie soll:
 1. Aspekte der praktischen Umsetzung betrachten und hierbei die Frage in den Mittelpunkt stellen, welche (negativen und positiven) Anreize als flankierende Maßnahmen nötig wären, um eine möglichst effektive Verlagerung des Verkehrsaufkommens vom MIV (motorisierter Individualverkehr) auf den ÖPNV zu bewirken. Zu den positiven Anreizen zählen bspw. verbesserte Taktung, Strecken- und Haltestellenausbau, sowie flankierende Maßnahmen wie Förderung von park&ride Angeboten, Rufbussystemen, Carsharing und Taxiservice, Ampelvorrangschaltungen, Sonderfahrstreifen, verbessertes Qualitätsmanagement, mehr Komfort, Ausbau der Fuß- und Radwege. Zu den negativen Anreizen zählen bspw. eine veränderte Parkraumbewirtschaftung, (Durch-)Fahrverbote und verlängerte Rotphasen.

2. die Mindereinnahmen, durch Strecken- und Qualitätsausbau und weitere Investitionen entstehende Kosten sowie die zu erwartenden Einsparungen im Bereich der Betriebskosten ausweisen.
3. unter anderem folgende (Re-)Finanzierungsideen intensiv beleuchten:
 - a) Einführung einer sozialverträglichen Citymaut nach dem Vorbild von z. B. Stockholm und London
 - b) Etablierung eines Erschließungstatbestandes ÖPNV analog zur Finanzierungsregelung bei Straßenerschließungen
 - c) Einrichtung einer kommunalen Infrastrukturabgabe nach § 11 Kommunalabgabengesetz, bei der die Anbindung an das Streckennetz des Öffentlichen Personennahverkehrs Berücksichtigung findet
 - d) Einführung einer Nahverkehrsabgabe als Unternehmenspauschalabgabe, z.B. wie die in Frankreich übliche Verkehrsabgabe *taxe versement transport*, jedoch gekoppelt an die Wertschöpfung (Messbetrag Umsatzsteuer)
 - e) Einnahmesteigerungen durch eine veränderte Parkraumbewirtschaftung

Begründung:

Ein kostenloser ÖPNV verbindet Klimaschutz mit Teilhabegerechtigkeit. Er wirkt gegen soziale Ausgrenzung an den Rand gedrängter Gruppen im Sinne eines nachhaltigen sozial-ökologischen Stadtumbaus.

In Frankfurt, der Finanzmetropole Deutschlands, wird die soziale Spaltung immer deutlicher. Fast ein Fünftel der Menschen in Frankfurt gelten als arm oder armutsgefährdet. Für sie ist die Frage sozialer, kultureller und politischer Teilhabe längst eine des Geldbeutels. So sieht etwa der Hartz IV - Regelsatz lediglich 24 Euro monatlich für Mobilität vor – das entspricht nach der jüngsten Fahrpreiserhöhung gerade einmal neun Einzelfahrten. Aus Sicht der LINKEN stellt das Recht auf Mobilität ein Grundrecht dar – und die Grundlage für eine Teilhabe an der „Stadtgesellschaft“, die wir anders verstanden wissen wollen, als CDU, GRÜNE, FDP und SPD.

Ein kostenloser Nahverkehr reduziert die Zahl des motorisierten Individualverkehrs – also der Autos – in der Stadt, und ist daher für alle Frankfurterinnen und Frankfurter von Nutzen; auch für diejenigen, die nicht auf öffentliche Verkehrsmittel zurückgreifen. Die Luftqualität würde verbessert, die Lärmbelastung reduziert. Vor allem für diejenigen Frankfurterinnen und Frankfurter, die an den Einfallstraßen und Pendlerrouen wohnen, wäre weniger motorisierter Individualverkehr eine große Entlastung.

Die existierenden Erfahrungen aus den USA und einzelnen europäischen Gemeinden (wie Hasselt in Belgien, Templin und Lübben in Deutschland) sowie aus der estländischen Großstadt Tallin sollten Anregung genug sein, über einen Nulltarif im ÖPNV und dessen konkrete Ausgestaltung nachzudenken.

Erste Untersuchungen über Auswirkungen und Umsetzung eines solchen kostenlosen ÖPNV liegen bereits vor, können jedoch – aufgrund der großen regionalen Unterschiede in Bezug auf die Verbundstrukturen, Finanzierungsgrundlagen und Verkehrssituation - nur eingeschränkt übertragen werden.

Innerhalb des Stadtgebietes würden durch den Rückgang des ruhenden Verkehrs in allen Stadtteilen Flächen frei, die bebaut, bewohnt, bewirtschaftet und bespielt werden könnten. Und noch eine ganze Reihe weiterer Faktoren sprechen für die Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs, weil sie innerhalb der Kommune volkswirtschaftliche Rendite generieren – so hat der Nulltarif dort, wo er bisher eingeführt wurde, zu einer Aufwertung der Innenstadt und weiterer zentraler Orte geführt. In der Regel profitiert außerdem der Fremdenverkehr massiv vom Nulltarif als Werbeargument. In Frankfurt, das nicht nur Touristik- sondern auch Messestadt ist, wäre dies in vielfach potenziertes Form zu erwarten. Auch für Unternehmen kann der Nulltarif ein Standortfaktor sein und als Argument bei der Werbung von Fachkräften dienen.

Finanzierbarkeit eines Nulltarifs im ÖPNV

Das häufigste Argument gegen den Nulltarif ist die Sorge, dass dieser aus dem bestehenden Etat bestritten werden und man deshalb Einsparungen in anderen Bereichen der kommunalen Daseinsvorsorge in Kauf nehmen müsse. Das stimmt jedoch nur, wenn man sich nicht gleichzeitig Gedanken über die Steigerung kommunaler Erträge zur nutzerunabhängigen Finanzierung des ÖPNV macht.

Zunächst entsteht durch die Einführung eines kostenlosen Nahverkehrs eine ganze Reihe von Einsparungen:

Einsparungen:

Der Anteil für die **Vertriebs- und Kontrollinfrastruktur** eines kostenpflichtigen ÖPNV (Fahrscheinautomaten, Tickets, Fahrscheinkontrollen, Mahnbetrieb etc.) stellt zwischen 8 – 15 Prozent der Gesamtkosten dar. Eine kostenlose Fahrt im Tarifgebiet 50 würde diese Aufwendungen verringern.

Einsparungen würden sich auch durch **Verschiebungen im Modal Split** und eine geringere Belastung durch den *motorisierten Individualverkehr* ergeben. Dazu gehört zunächst eine ehrliche Bewertung der Kosten, die durch den (MIV) entstehen und von uns Allen getragen werden. Sie reichen über die Finanzierung von teuren Straßenbauprojekten und Instandhaltungen über den Verlust an Lebensqualität durch immer knapper werdende öffentliche Räume bis hin zu gesundheitlichen Belastungen durch Lärm und Feinstaub, und schließlich den schwerwiegenden gesamtgesellschaftlich getragenen Folgen zunehmender CO₂ - Emissionen. In Frankfurt wird dieses Argument noch durch den hohen Anteil an PendlerInnen verstärkt. Hier müsste man darauf hinwirken, „[...] dass die Leute, die von außen kommen und [...] nur Leistungen wie das Straßennetz in Anspruch nehmen und gleichzeitig „Negativleistungen“ wie Luftverunreinigung und Lärm hinterlassen, dass diese Leute auch zur Finanzierung der Zentralstadt beitragen würden.“¹

¹ Aus einem Interview mit Boris Palmer, GRÜNER Oberbürgermeister der Stadt Tübingen. In: ZAK³ (Hg.), „TüBus umsonst!“, Tübingen 2010.

Einnahmen:

Die Einführung einer sozialverträglich gestalteten Citymaut, die Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, berücksichtigt, ist ein wichtiger Baustein zur Finanzierung des Nulltarifs.

Um eine Gleichbehandlung von MIV und ÖPNV zu erreichen, ist die Etablierung eines **Erschließungstatbestands ÖPNV analog zur Finanzierungsregelung bei Straßenerschließungen** zu fordern. Erschließungsbeiträge werden von GrundstückseigentümerInnen erbracht und sind eine reine Kommunalabgabe.

Durch die **Einführung einer Unternehmenspauschalabgabe ähnlich wie die Taxe versement transport**² (jedoch mit dem Unterschied, dass nicht die Lohnsumme, sondern die Wertschöpfung als Grundlage dienen sollte), könnten die für die Unternehmen bestehenden Vorteile des ÖPNV abgeschöpft werden.

Weitere politische Steuerungsinstrumente zugunsten einer stärkeren Nutzung klimafreundlicher Verkehrsmittel wären eine **veränderte Parkraumbewirtschaftung**, im Sinne einer deutlichen Vermehrung autobefreiter Kernbereiche (Fußgängerzonen) in den Quartierszentren und einer Ausweitung von verkehrsberuhigten Zonen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

² Die taxe versement transport ist eine in Frankreich übliche kommunale Verkehrsabgabe für die Bereitstellung des ÖPNV. Die Pauschale wird auf die Bruttolohnmasse angewandt und beträgt in der Regel 0,45 bis 1,05 Prozent der Bruttoarbeitsentgelte.



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Die Substanz von städtischen Straßen und Wegen erhalten

Produktbereich: 16 Nahverkehr und ÖPNV

Produktgruppe: 16.03 Verkehrsanlagen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Mittel zur Unterhaltung des städtischen Straßen- und Wegenetzes werden in 2014 auf 0,70 Euro/qm und in den Folgejahren sukzessive auf 1,30 Euro/qm jährlich erhöht. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Auch im diesjährigen Haushaltsentwurf ist wieder zu lesen, dass die Forschungsanstalt für Straßen- und Verkehrswesen allein zur Substanzerhaltung des Straßen- und Wegenetzes 1,30 €/qm für erforderlich hält. In Frankfurt wird diese Zahl in den vergangenen Jahren zu Ungunsten der Substanz verfehlt. Tatsächlich standen für das städtische Straßen- und Wegenetz in 2012 nur ca. 0,64 €/qm zur Verfügung - in 2011 lag der Wert bei 1,17 €/qm. Im Entwurf des Haushaltsplans 2014 wird dieser Betrag für die kommenden Jahre nochmals reduziert – ab 2013 werden 0,55 €/qm vorgesehen. Das Frankfurter Straßen- und Wegenetz ist teilweise in einem beklagenswerten Zustand. Darin besteht vermutlich Einigkeit zwischen allen Nutzerinnen und Nutzern des städtischen Straßen- und Wegenetzes. Hier ist dringend Handlungsbedarf angezeigt. Wenigstens die angezeigten Mittel, wie sie das Straßen- und Verkehrswesen zur Substanzerhaltung empfiehlt, müssen eingestellt werden, um langfristig größere Schäden und Folgekosten zu vermeiden. Städtische Infrastruktur, auch das Straßen- und Wegenetz, gehört unstrittig zu den grundsätzlichen Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge.

DIE LINKE. im Römer

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Zentrale Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen schaffen

Produktbereich: 17 Wohnen

Produktgruppe: 17.01 Wohnen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für eine neu zu schaffende zentrale städtische Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen in Frankfurt am Main werden in den Etat der Stadt für das Jahr 2014 ausreichend Mittel eingestellt.
2. In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt, den kommunalen und freien Wohnungsgesellschaften und den Behindertenverbänden wird eine Bestandsaufnahme aller behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main, sowohl bei den kommunalen als auch bei den freien Wohnungsgesellschaften, erstellt.
3. In Zusammenarbeit mit den unter 2. genannten Organisationen ist eine Bedarfsanalyse des zu erwartenden Bedarfs an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main zu erstellen. Diese Bedarfsanalyse wird jährlich fortgeschrieben.

Begründung:

Für behinderte und ältere Menschen ist es in Frankfurt sehr schwer, eine behinderten- und seniorengerechte Wohnung zu bekommen. Das Amt für Wohnungswesen als logische erste Anlaufstelle vermittelt nur Wohnungen an Menschen innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen, zumeist EmpfängerInnen von Sozialleistungen. Wer mit seinem Einkommen auch nur um ein paar Euro darüber liegt, wird abschlägig beschieden. Über

den Gesamtbestand an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen im öffentlich geförderten und nicht-öffentlich geförderten Wohnungsbestand liegen dem Wohnungsamt offenbar keine ausreichenden Daten vor. Viele behinderte und ältere Menschen sind deshalb gezwungen, die verschiedenen Wohnungsgesellschaften in Frankfurt am Main oft erfolglos auf der Suche nach einer behindertengerechten und barrierefreien Wohnung abzufragen oder sich auf eine Warteliste setzen zu lassen. Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die Auskunft über behinderten- und seniorengerechten Wohnungen erteilt, ist daher dringend geboten.

Es ist unglaublich, dass sich in Frankfurt schwer kranke und alte Menschen von einer Stelle zur anderen Stelle bemühen müssen, um eine behindertengerechte Wohnung zu erhalten. Dieser Zustand ist unhaltbar und einer Metropole wie Frankfurt unwürdig, die seit Jahren die Deklaration von Barcelona (die Rechte der Menschen mit Behinderungen auf Gleichbehandlung zu verankern) unterschrieben und sich der Barrierefreiheit verpflichtet hat.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Kürzungen im Bereich Soziales zurücknehmen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Kürzungen im Produktbereich Soziales werden zurückgenommen.
Die entsprechenden Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Im Haushaltsentwurf 2014 sind im Bereich Soziales Einsparungen von mehr als 4,9 Millionen Euro vorgesehen. Darüber hinaus sind Kürzungen im Investitionsprogramm zur Herstellung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen berücksichtigt. Einzelne Leistungen werden teilweise massiv gekürzt - beispielsweise im Bereich Beförderungsdienst außergewöhnlich Gehbehinderter, auch in anderen Zuschussbereichen sind Kürzungen eingeplant.

Dabei stagnieren seit einigen Jahren die Zuschüsse für viele Träger, insbesondere in der freien Jugendhilfe. Tarifierhöhungen und allgemeine Kostensteigerung finden keine Berücksichtigung. Diese Stagnation bedeutet heute schon eine Kürzung der Zuschüsse. Die nun vorgesehenen Streichungen im Produktbereich Soziales, Leistungen des Jugend- und Sozialamtes, sollen einen Beitrag zur sogenannten Haushaltskonsolidierung leisten – zu wessen Lasten?

Nicht nur aus dem Bereich der Jugendhilfe ist bekannt, dass eine Kürzung von Leistungen heute oft zu erheblichen Mehrkosten in der Zukunft führt.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

**Erhöhung der Eintrittspreise für Bäder, Zoo, Museen und
Palmengarten zurücknehmen**

Produktbereich:

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Erhöhung der Eintrittspreise für Schwimmbäder der Frankfurter Bäderbetriebe, Zoo, Museen und Palmengarten werden zurückgenommen.

Begründung:

Eine Erhöhung der Eintrittspreise belastet die kleinen Einkommen überproportional. Dort wo die Stadt direkt entscheiden kann, soll sie die Voraussetzungen zur Teilhabe nicht noch weiter einschränken.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

„Frankfurt-Pass“ – endlich anpassen!

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Zuschüsse

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Einkommensgrenzen für den Erhalt des „Frankfurt-Passes“ werden der Kosten- und Preisentwicklung der Stadt angepasst. Die erforderlichen Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Die derzeitigen Einkommensgrenzen werden um 25 Prozent erhöht:

1-Personenhaushalt von 869,00 Euro netto auf 1.087,00 Euro
2-Personenhaushalt von 1.125,00 Euro netto auf 1.407,00 Euro
3-Personenhaushalt von 1.380,00 Euro netto auf 1.725,00 Euro
4-Personenhaushalt von 1.636,00 Euro netto auf 2.045,00 Euro
5-Personenhaushalt von 1.892,00 Euro netto auf 2.287,00 Euro

und erhöhen sich für jedes weitere Mitglied der Haushaltsgemeinschaft von derzeit 256,00 Euro auf 320,00 Euro netto. Der Frankfurt-Pass gilt für alle Leistungsberechtigten gleichermaßen für die Dauer von 12 Monaten.

2. Die Ausweitung des Leistungsangebots – insbesondere die Erweiterung der Ermäßigung in den Bereichen:

- a) ÖPNV – Zeitkarten – Tarifzone 50 und
- b) Erweiterung der Ermäßigung für das Kursangebot der VHS – wird geprüft.

Begründung:

Die Einkommensgrenzen, die zum Erhalt des Frankfurt-Passes berechtigen, wurden seit Jahren nicht angehoben. Die derzeit angegebenen Grenzen zielen nicht mehr auf die anvisierten sogenannten „**geringen Einkommen**“. Die Einkommen, die die Stadt Frankfurt zur Zeit als Maßstab angibt, schließt wirklich nur noch diejenigen ein, die bereits jetzt schon kaum eine Möglichkeit haben, in den „Genuss“ von Ermäßigungen zu kommen, da selbst diese Angebote keinen Platz mehr in ihrem Budget haben dürften. Die „soziale Unterstützung“ dürfte damit weitgehend verpuffen, wie z.B. ein um 50 Prozent ermäßigter Kurs bei der VHS, oder Angebote, die nicht mehr wahrgenommen werden können, da bereits die Fahrkarte zu teuer ist.

Und - als Einkommen werden auch Unterhaltshilfe, Wohngeld, Erziehungsgeld oder Beschädigtenausgleichsrente gewertet.¹ Das kann bedeuten, dass beispielsweise durch den Erhalt von Wohngeld ein Anspruch auf den Frankfurt-Pass entfallen kann. Aber hier muss die Frage erlaubt sein, welcher Ausschluss von Anspruchsberechtigten mit diesen Berechnungsverfahren produziert wird? Ist dieser Ausschluss tatsächlich von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung und der Stadtregierung gewollt - und wird er von der Mehrheit getragen?

Eine Anhebung der Einkommensgrenzen um 25 Prozent würde auch den gestiegenen Mieten, Energie- und Lebenshaltungskosten Rechnung tragen. Denn mit der „Einkommensgrenze sind alle Belastungen wie z.B. Miete, Heizung, Kreditraten usw. abgedeckt und bleiben daher bei der Berechnung unberücksichtigt“, so das Merkblatt zum Frankfurt-Pass.

Was bleibt dann überhaupt noch übrig bei einem Einkommen von 870 Euro?

Eine Monatskarte ist da sicher nicht mehr drin. Die kostet für Erwachsene derzeit 81 Euro, mit der Ermäßigung durch den Frankfurt-Pass immerhin noch 56,15 Euro (nicht übertragbar!). Und die nächste Fahrpreiserhöhung kommt schon wieder am 15. Dezember 2013.

Hier besteht dringender Handlungsbedarf!

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

¹ vgl.: Stadt Frankfurt am Main, Antrag auf Ausstellung eines Frankfurt-Passes; Einkommensarten.

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

Investitionen in die Zukunft

Produktbereich: 18 Soziales
Produktbereich: 32 Personal und Organisation

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Frankfurt am Main legt in den kommenden Jahren einen Schwerpunkt auf Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik um Stellen zu schaffen, damit mehr Menschen die Möglichkeit haben, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten. Diese Stellen werden tarifvertraglich begründet, mindestens aber mit einem Stundenlohn von 10 Euro vergütet.
2. Die auf diesem Wege neu zu schaffenden Arbeitsplätze dienen auch der Verwirklichung zusätzlicher, gemeinnütziger Aufgaben, die nicht durch öffentliche Dienstleistungen abgedeckt werden und aufgrund mangelnder – oder fehlender – Gewinnerwartungen von privatwirtschaftlichen, profitorientierten Anbietern nicht umgesetzt werden. Dazu können Stadtentwicklungsprojekte, eine Verbesserung der Nahversorgung, Unterstützung in Bereichen der Kinder-, Senioren- und Familienhilfe, sowie sozialer und kultureller Projekte zählen.
3. Die Betreuung und Begleitung von Erwerbslosen und die Vermittlung besonders von Langzeitarbeitslosen in gute Arbeit braucht gutes Personal. Deshalb: Stellenausbau, statt Stellenkürzungen beim Jobcenter Frankfurt! Die Beauftragung Dritter und die Förderung privater ArbeitsvermittlerInnen ist dagegen einzustellen.

Begründung:

Fast ein Fünftel der Menschen in Frankfurt gelten als arm oder armutsgefährdet. Die Ursachen für Armut sind nicht zuletzt Folgen einer verfehlten Politik, die sich nicht an sozialer Verteilungsgerechtigkeit orientiert.

Die Arbeitsmarktreformen im Rahmen der Hartz-Gesetzgebung sind ein sattsames Beispiel hierfür: sie haben Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt und zu einer Zunahme prekärer Beschäftigungsverhältnisse geführt: zu Zeit- und Leiharbeit, einem wachsenden Niedriglohnsektor und immer weiter steigendem Druck auf das Lohngefüge. Vollzeitbeschäftigung in einem sozialversicherungspflichtigen, unbefristeten Arbeitsverhältnis mit angemessener Entlohnung wird immer mehr zu einer Ausnahmeerscheinung. Die Mittelschicht schrumpft, die Zahl derjenigen, die von ihrer Arbeit allein nicht mehr leben können oder bereits vollständig auf Transferleistungen angewiesen sind, wächst. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander. Dies ist eine Tatsache, die mittlerweile statistisch nicht mehr schön zu rechnen und durch Herumpfuschiereien an Armutsberichten auch nicht mehr zu verharmlosen ist.

Statt für eine gerechte Verteilung wirtschaftlicher Ressourcen, einen Ausbau sozialer Sicherungssysteme und eine Sanierung des Haushaltes durch eine Stärkung der Einnahmen zu sorgen, reagiert die Bundesregierung mit dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen und weiteren Einschnitten. Der Kahlschlag im Bereich der aktiven Arbeitsmarktpolitik; die Kürzungen von Mitteln für Eingliederungsleistungen für Langzeitarbeitslose hat fatale Auswirkungen – Folge dieser verfehlten Politik ist, dass die Zahl der Langzeiterwerbslosen weiter ansteigen wird, weil auf kurzfristige Maßnahmen und Vermittlung anstatt auf Qualifizierung, Weiterbildung und die Schaffung existenzsichernder Arbeit gesetzt wird.

Dies schlägt sich erheblich in den Kommunen nieder: nicht nur im städtischen Haushalt, der durch steigende Pflichtleistungen belastet wird, sondern auch in einer immer stärker segregierten Gesellschaft. Es darf nicht sein, dass Menschen sich eine Teilhabe am Leben in der Stadt nicht mehr leisten können. Auch für die Stadtgemeinschaft bedeutet dies eine Verarmung. Diese Menschen fehlen im öffentlichen Leben und in Diskussionsprozessen.

Städte und Gemeinden können zwar die oben beschriebene Bundesgesetzgebung nicht direkt beeinflussen, sollten aber im Rahmen ihrer Möglichkeiten daran arbeiten, der sozialen Spaltung auf kommunaler Ebene entgegenzuwirken: der dritte Arbeitsmarkt bietet eine Chance hierzu.

Bereits im November 2008 hat DIE LINKE den Wiedereinstieg der Kommune in einen kommunalen, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor gefordert. Kurze, perspektivlose „Maßnahmen“ tragen nicht zur Integration Langzeiterwerbsloser, sondern nur zur Verbesserung statistischer Werte bei.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Finanzielle Unterstützung für den Verein Tiertafel e.V.

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Arbeit des Vereins „Frankfurter Tiertafel e.V.“ werden im städtischen Haushalt 2014 Zuwendungen in Höhe von 20.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Seit April 2007 unterhält der Verein Frankfurter Tiertafel e.V. eine Ausgabestelle in Frankfurt-Hausen. Der Verein wurde gegründet, um bedürftigen Menschen zu helfen, ihr Haustier zu behalten und artgerecht zu ernähren. Mit der Unterstützung durch kostenlose Futterspenden und sonstige Sachspenden sowie der Übernahme von Tierarztkosten soll vermieden werden, dass sich Bedürftige – überwiegend RentnerInnen, oder BezieherInnen von Hartz IV/Sozialhilfe – von ihren geliebten Haustieren trennen müssen.

Die Frankfurter Ausgabestelle der Tiertafel wird seit ihrer Eröffnung sehr stark frequentiert und versorgt derzeit nach eigenen Angaben im Monat über 2.600 Tiere. Hierzu werden monatlich etwa fünf Tonnen Katzen- und Hundefutter benötigt, die allein schon über 8.000 Euro kosten. Hinzu kommen weitere 3.000 Euro für zu begleichende Tierarztrechnungen.

Der Verein kooperiert mit anderen sozialen Organisationen aus den Bereichen der Bewährungshilfe, Behindertenhilfe und des Tierschutzes und arbeitet auch mit der Aids-Hilfe und den Frankfurter Sozialrathäusern sehr gut zusammen: für alle diese Institutionen ist die Frankfurter Tiertafel zu einer zuverlässigen und mittlerweile unverzichtbaren Anlaufstelle geworden, wenn schnelle und unbürokratische Hilfe benötigt wird und die eigenen Möglichkeiten ausgeschöpft sind.

Trotz beständiger und intensiver Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlung, kann der Verein die steigende Nachfrage nicht mehr decken und muss zunehmend Hilfesuchende mit leeren Händen

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

nach Hause schicken. Verschärft wird dies durch die Tatsache, dass Tiernahrungsketten infolge der Wirtschaftskrise das Futter im Verkauf reduzieren – sodass die Tiertafel kaum noch abgelaufenes Futter erhält; früher eine wichtige Quelle für die Versorgung.

Unbestritten ist, dass Haustiere Depressionen, die unter Langzeitarbeitslosen und älteren Menschen stark verbreitet sind, abmildern oder sogar verhindern können. Medizinische Studien weisen auf positive Effekte der Haustiere bei beginnender Demenz hin. Eine Studie der Uni Bonn belegt, dass Hunde und andere Haustiere bei Langzeitarbeitslosen für eine höhere soziale Integration und eine geordnete Tagesstruktur sorgen. Mit Hartz IV oder Altersarmut geht auch eine soziale Verarmung einher. Die Vorstellung, in so einer Situation auch noch die geliebte Katze oder den treuen Hund hergeben zu müssen, weil man die Kosten für das Futter oder den Tierarzt nicht mehr aufbringen kann, ist für die meisten Menschen ein echter Albtraum. Gerade für ältere Menschen, die von geringen Renten leben müssen, ist das Haustier oft der letzte Ansprechpartner und der einzige „soziale“ Kontakt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Langfristige Finanzierung für den Verein Frauen helfen Frauen e.V. sicherstellen

Produktbereich: 18 Soziales
Produktgruppe: 18.01 Leistungen des Jugend- und Sozialamtes
Kostenstelle: Zuschüsse der freien Wohlfahrtspflege
Sachkonto: Autonome Frauenhäuser

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Haushalt 2014 werden die beantragten Mittel für den Verein Frauen helfen Frauen e. V. zur Verfügung gestellt. Es wird eine verbindliche und kostendeckende Finanzierung des Frauenhauses gewährleistet, unabhängig vom Einzelfall. Der geforderten Aufstockung der Personal- und Sachkosten für die Beratungs- und Interventionsstelle wird Rechnung getragen.

Begründung:

Das Frauenhaus und die Beratungsstelle sind seit 35 Jahren ein unverzichtbarer Bestandteil zum Schutz von Frauen und Kindern vor Gewalt und sind Teil des Hilfesystems in Frankfurt.

Der Zuschuss für den Verein Frauen helfen Frauen ist allerdings seit Jahren gleich bleibend. Die Fördersumme wurde trotz jährlich steigender Personal- und Sachkosten nicht erhöht. Damit befindet sich der Verein in einer extrem schwierigen finanziellen Situation.

Die Aufrechterhaltung des Betriebs erweist sich mehr und mehr als ein Kraftakt, der zu Lasten der konkreten Arbeit mit den Frauen und Kindern geht und mit hoher Belastung für alle Kolleginnen des Vereins verbunden ist. Das Volumen an Personal und Arbeitszeit reicht oft nicht aus, um spezifische Aufgabenbereiche in vollem Umfang umzusetzen.

Der Verein Frauen helfen Frauen braucht eine ausreichende institutionelle Finanzierung, die unabhängig von politischen Mehrheiten und Sparvorgaben langfristig bestehen kann. Schutz für misshandelte Frauen und deren Kinder ist keine freiwillige Leistung und auch kein Ehrenamt. Sicher, schnell, unbürokratisch, zuverlässig und bedarfsgerecht – so müsste der Zugang gewaltbetroffener Frauen und ihrer Kinder zu Schutz und Unterstützung sein.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Investieren in Kopf und Bauch: Regional und gesund auftischen bei der Essensversorgung an Schulen

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die Essensversorgung werden die notwendigen Mittel in den Haushalt 2014 eingestellt, die es ermöglichen, dass ein Mittagstisch für alle Kinder angeboten werden kann.

- 1) Die Essensversorgung wird ausschließlich über dezentrale Großküchen, die in den Regionen der Stadt angesiedelt sind, erfolgen. Die Vergabe der Leistung soll an verschiedene Frankfurter Träger vergeben werden, die entweder schon eigene Großküchen unterhalten, oder zeitnah solche Betriebe einrichten können. Bevorzugt werden Einrichtungen, die sich auf die Vermittlung von Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen („Angepasste Arbeit“) spezialisiert haben.
- 2) An allen Schulen soll die kostenfreie Ausgabe von Obst und Gemüse aus regionalem Anbau ermöglicht werden.
- 3) Schulmilch aus der Region wird kostenfrei zur Verfügung gestellt.
- 4) Schulverkaufsstellen für den Pausenbedarf werden zentral eingerichtet.

Begründung:

Der Mittagstisch an Frankfurter Schulen ist ein wichtiger Bestandteil für eine gesunde und wertvolle Ernährung für Kinder und Jugendliche. Die Kommune kann mit dem Angebot von gesundem und ausgewogenem Essen auf die Ernährung der Kinder Einfluss nehmen und den negativen Folgen von schlechter und unausgewogener Ernährung entgegenwirken.

Die Deutsche Gesellschaft für Ernährung e. V. (DGE) empfiehlt fünf Obst- und Gemüseportionen pro Tag auch für Kinder. Familien mit geringem Einkommen können sich frisches Obst und Gemüse kaum leisten. Dies kann zu einer Fehlernährung mit gravierenden Folgen (z. B. Übergewicht, Diabetes) führen.

Durch die Vergabe der Essensversorgung über dezentrale Großküchen aus der Region können Betriebe, mit sozialem Anliegen einbezogen werden.

Die Schulverkaufsstellen sollen zentral eingerichtet werden, um den Verwaltungsaufwand für die Schulen so gering wie möglich zu halten. Auch die Ausgabe von kostenloser Schulmilch soll in diesen Verkaufsstellen erfolgen.

Eine Reduzierung von Umweltbelastungen durch Wegfall von täglichen LKW- Transporten wäre ein zusätzlicher positiver Nebeneffekt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Gute Praxis muss gesichert werden: Höchster Bildungsschuppen finanziell dauerhaft unterstützen

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.04 Jugend- und Erwachsenenbildung, Kinderbüro

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die Zuschüsse für den Höchster Bildungsschuppen dauerhaft um 16.580 Euro zu erhöhen. Hiermit soll der in 2012 eingeführte zusätzliche Unterrichtstag für Schülerinnen, die mehr Unterrichtsbedarf haben, weiter angeboten erhalten werden.

Begründung:

Der Höchster Bildungsschuppen ist eine sehr erfolgreiche Abendschule für junge Erwachsene und u.a. im Jahr 2010 mit dem "Hessischen Preis für gute pädagogische Praxis" für seine erfolgreiche Arbeit ausgezeichnet worden. Neuerdings erhalten auch Menschen knapp unter 18 Jahren hier eine besondere Unterstützung, um ihren Schulabschluss zu erlangen. Dieses Angebot wird von der Jobagentur oder dem staatlichen Schulamt immer häufiger nachgefragt. Um dem besonderen Bedarf dieser SchülerInnen gerecht zu werden und ihnen die Zeit zu geben, fehlende Lerntechniken zu erlernen, ist für diese Gruppe ein zusätzlicher wöchentlicher Unterrichtsabend erforderlich. Der Bildungsschuppen füllt hier eine Lücke für junge Menschen, die sonst ohne Qualifizierung für den Arbeitsmarkt blieben.

Um die Einrichtung dieses Angebots zu ermöglichen, wurden bereits 2012 entsprechende Etat-Anträge sowohl im Ortsbeirat 6 als auch in der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. Als Ergebnis dieser Anträge wurden die benötigten 16.580 Euro im

Rahmen vorhandener Mittel aus dem Etat des Schuldezernats abgerufen und damit der zusätzliche Unterrichtstag finanziert. Es ist jedoch jedes Jahr neu völlig unklar, ob dieser Betrag auch weiter ausgezahlt wird. So ist keine vernünftige pädagogische Arbeit und keine Planung möglich. Der Bildungsschuppen bittet deshalb darum, den Betrag nun dauerhaft im Haushalt zu verankern, damit das gut angenommene Angebot auch in Zukunft weiter angeboten werden kann.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Voraussetzungen für Inklusion schaffen

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: 20.01 Schulbetriebsmanagement/päd. Aufgaben
Investitionsmaßnahme: 5.006356

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- 1) Der Magistrat wird beauftragt, zur Realisierung des Rechtsanspruchs auf inklusive Beschulung, die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen in den Schulen zu schaffen und hierfür einen Plan zu erstellen. Der Haushaltsansatz wird von 400.000 Euro auf 600.000 Euro erhöht.
- 2) Des Weiteren wird der Magistrat beauftragt die Schulentwicklungspläne, insbesondere den Schulentwicklungsplan Teil S – Sonderpädagogische Förderung (SEP-S) vom 24.6.2005 (M 126), dringend zu überarbeiten.
- 3) Der Magistrat wird aufgefordert, den notwendigen Bedarf unter Einbeziehung der Schulgemeinden, der Schülerversammlung, des Stadtelternebeirats und des Gesamtpersonalrats der Lehrkräfte sowie der Sozialverbände für jede Schule zu ermitteln, eine entsprechende Konzeption zur Schaffung der Voraussetzungen zu erarbeiten und diese der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Dafür werden notwendige Mittel in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Obwohl der Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer als Vertretung der Lehrkräfte, wie auch der Landeselternbeirat, die Regelungen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im neuen Hessischen Schulgesetz und der dazu gehörenden Rechtsverordnung als absolut unzureichend und eher als Verhinderung von Inklusion kritisieren, haben die Staatlichen Schulämter mit der Umsetzung von Gesetz und Verordnung begonnen. Förderausschüsse ermitteln den Förderbedarf für die einzelnen Schülerinnen und Schüler. Dazu gehören auch die entsprechenden räumlichen und sachlichen Voraussetzungen an den Schulen. Hierfür muss aber der Schulträger die Voraussetzungen schaffen.

Um die Planungen von Seiten des Schulträgers nicht an den mit der Umsetzung von Inklusion befassten Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern vorbei vorzunehmen, ist es sinnvoll, mit den Schulgemeinden, der Schülerversretung, dem Stadtelternbeirat und dem Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt zusammenzuarbeiten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Marode Schultoiletten sanieren

Produktbereich: 20 Bildung
Produktgruppe: Bauunterhaltung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die erforderlichen Investitionen für die Sanierung von Schultoiletten werden in den Haushalt 2014 eingestellt.

Begründung:

Teilweise befinden sich die Toiletten an Frankfurter Schulen (z. B. am Lessing-Gymnasium) in einem sehr maroden Zustand. Um dem Abhilfe zu leisten, müssen überfällige Investitionen in die Bauunterhaltung getätigt werden. Viele Toiletten zeigen beträchtliche Mängel auf, die unter Gesundheitsschutzmaßstäben nicht länger toleriert werden können.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Volkshochschule – Zuschuss erhöhen!

Produktbereich: 20 Bildung

Produktgruppe: 20.04 Förderung Jugend- und Erwachsenenbildung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Zuschussbetrag für die Volkshochschule Frankfurt am Main ist auf 9 Mio. Euro anzuheben.

Begründung:

In 2013 erhielt die Volkshochschule einen Zuschuss über 8,091 Millionen Euro. Dieser Zuschussbetrag genügt jedoch nicht, um die gestiegenen Anforderungen an die VHS abzudecken.

Unterschiedliche Bevölkerungsschichten mit unterschiedlichem Bildungsniveau und unterschiedlichen Bildungsbedürfnissen müssen die Möglichkeit haben, sich für die gesellschaftlichen Erfordernisse der Zukunft fit zu machen. Dazu trägt die VHS in hohem Maße bei, aber nur, wenn ihr Kursangebot auch bezahlbar bleibt.

1. Kursangebot

Die Angebote der Volkshochschule werden weiterhin nachgefragt. Zudem sind die Gebühren für Kursangebote für wirtschaftlich Benachteiligte zu hoch. Hier muss der VHS die Möglichkeit eingeräumt werden, diesen Bevölkerungsgruppen einen kostengünstigen oder gar kostenfreien Zugang einzuräumen.

2. Raumangebot

Es können nicht alle Kurse (vor allen Dingen Deutschkurse, die sehr stark nachgefragt werden), gegeben werden, weil es an Unterrichtsräumen, nicht nur im Gebäude Sonnemannstraße, sondern auch dezentral in den Stadtteilen mangelt. Nachfragende müssen auf Wartelisten gesetzt werden. Die Wartezeiten liegen mittlerweile zwischen zwei und vier Monaten. Dies ist ein zusätzlicher bürokratischer Aufwand, der verhindert werden könnte. Des Weiteren fehlt es an Gymnastikräumen zentral wie dezentral. Auch hier kann die hohe Nachfrage nicht bedient werden.

3. Honorare

Die zukünftigen Tarifierhöhungen für das Personal, die die VHS tragen muss, müssen in die Erhöhung des Zuschusses für die VHS miteingerechnet werden. Sonst bedeutet dies eine faktische Kürzung des Zuschusses und dies geht zu Lasten des Personals und der Kunden der VHS.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Kultur fördern: Erhalt des antagon Theaters

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für den Erhalt des antagon Theaters wird aus dem städtischen Haushalt eine Zuwendung in Höhe von 85.000 Euro jährlich zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Das antagon-Theater hat in den zwanzig Jahren seines Bestehens nicht nur die Frankfurter Theaterszene mit seinem einzigartigen Stil bereichert, sondern hat auch deutschlandweit und international an Renommée gewonnen und zählt mittlerweile zu den meist beachtetsten Straßentheatern weltweit. Damit trägt antagon maßgeblich zur Wahrnehmung und Außenvertretung der Frankfurter Kulturlandschaft bei.

Mit der Idee des Theaters im öffentlichen Raum erreicht das Ensemble allein mit dem *Sommerwert-Theaterfestival am Fluss* über 80.000 Menschen jeder Altersgruppe. So wie das Theaterfestival zur Aufwertung des Mainufers beiträgt, wirkt auch die Liegenschaft des Trägervereins (Protagon e.V.) in der Orberstraße als kulturelles Zentrum im Frankfurter Osten. Mit unglaublichem Einsatz hat das Ensemble aus einer alten Speditionshalle hier nicht nur ein komplettes Veranstaltungs- und Produktionszentrum geschaffen, sondern einen kreativen Raum, der zum Austausch mit Frankfurter Kulturschaffenden und Künstlern aus der ganzen Republik einlädt. 2006 hat sich hier auf Initiative von antagon der *Bundesverband für das Theater im öffentlichen Raum* gegründet, der sich dafür einsetzt, dieses Genre und seine gesellschaftliche und sozialkulturelle Bedeutung mehr in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Die derzeitig vorgesehene Förderung von 55.000 Euro jährlich reicht nicht aus, um die Existenz des Theaters sicherzustellen. Das Ensemble hat in den zurück liegenden Jahren überwiegend seine Existenz über die auswärtigen Auftritte in Europa und Übersee finanzieren können. Doch durch diese Abhängigkeit von der Auftragslage entsteht für das antagon Theater eine nicht tragbare finanzielle und persönliche Unsicherheit:

antagon ist durch seinen unverkennbaren, individuellen Stil einmalig in Deutschland. Die Liegenschaft in der Orberstraße, in der Wohnen in Verbindung mit kreativem Arbeiten einen festen Platz in Frankfurt gefunden hat, ist ein unverwechselbares und unersetzbares Wahrzeichen des kulturellen Lebens in dieser Stadt.

Im Erhalt und in der verstärkten Förderung der Arbeit des Ensembles liegt eine Chance für die Stadt Frankfurt

- seine Position in der Theaterszene weiter zu verfestigen
- Frankfurt zur Heimat des Theaters im öffentlichen Raum zu machen
- ein kulturelles Zentrum im Frankfurter Osten zu erhalten, dass zum Quartier für noch mehr Kreative werden kann.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

**Kulturvielfalt fördern statt kaputt sparen!
Den Zuschuss für das Kulturprogramm des Club Voltaire
weiter gewähren**

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

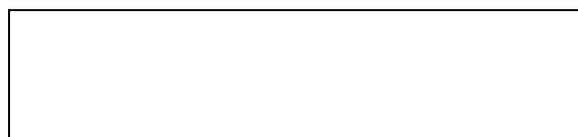
Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird aufgefordert, seine Absicht, dem Club Voltaire für seine Kulturarbeit ab 2014 den bislang gewährten Zuschuss in Höhe von 7.000 Euro zu streichen, zurückzunehmen.
2. Um die kulturelle Arbeit, insbesondere für junge Menschen, auch in Zukunft weiterführen zu können, möge die Stadtverordnetenversammlung vielmehr eine Erhöhung des Zuschusses ab 2014 auf 15.000 Euro beschließen.

Begründung:

Dem Club Voltaire wurde mit Schreiben des Kulturamts vom 13. Juni 2013 mitgeteilt, dass der Zuschuss für das Kulturprogramm ab dem Jahr 2014 komplett gestrichen wird. Damit ist das kulturelle Angebot im bisherigen Umfang und zu bezahlbaren Eintrittspreisen nicht mehr gewährleistet. Diese Institution darf den Sparvorgaben des Magistrats nicht zum Opfer fallen.

Der Club Voltaire besteht seit über 50 Jahren und ist ein Ort der kulturellen Vielfalt und offenen Debattenkultur in Frankfurt. Er hat weit über die Grenzen Frankfurts hinaus



Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Bedeutung erlangt. Er entwickelte sich in den über fünfzig Jahren seines Bestehens zu einem anerkannten Ort des kritischen, parteiübergreifenden, politischen Diskurses für Jung und Alt. Namhafte Literaten, WissenschaftlerInnen oder PolitikerInnen, die Frankfurt besuchten, versäumten es nur selten, dem Club Voltaire einen Besuch abzustatten.

Der Club ist zwar parteiisch, aber an keine Partei gebunden. Als eingetragener, gemeinnütziger Verein war und ist er ein Ort für Gegenöffentlichkeit. Er bietet Raum für alternative Kunst und Kultur und - mit einer kleinen Kneipe - für ein Zusammensein ohne Diskriminierung. Größen aus Politik, Gesellschaft und Kultur waren und sind Gäste des Clubs.

Die jährlichen Zuschüsse aus dem städtischen Kulturetat betrugen erstmalig 1991 noch 15.000 DM und wurden schrittweise bis 2004 auf 7.000 Euro gekürzt. Konnten von den Zuschüssen anfangs noch Personal- und Mietkosten bestritten werden, so decken sie aktuell nur noch die Mietkosten, da seit 14 Jahren keine Erhöhungen zum Inflationsausgleich gewährt wurden. Ein erhöhter Zuschuss ab 2014 ist darum angemessen, um den Fortbestand des Clubs zu sichern.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Kultur fördern: Interkulturelle Bühne langfristig erhalten

Projektbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Projektgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Interkulturelle Bühne wird in die Kulturförderung der Stadt Frankfurt aufgenommen und im Jahre 2014 mit 70.000 Euro unterstützt.

Die über Frankfurts Grenzen hinaus bekannte und geschätzte Interkulturelle Bühne konnte im Jahre 2010 ihr 15jähriges Bestehen feiern. Der Fortbestand der Interkulturellen Bühne ist jedoch gefährdet, weil diese, im Gegensatz zu vielen anderen Frankfurter Theaterbühnen, ohne finanzielle Förderung von Seiten der Stadt Frankfurt auskommen muss.

Um weiterhin das Theater mit seinem innovativen Ansatz und seinem integrativen Charakter zu erhalten, ist eine Aufnahme in die städtische Kulturförderung dringend geboten.

Begründung:

Dank der Solidarität der auftretenden KünstlerInnen, die meist nur für eine minimale Gage auftreten und dem Engagement der ehrenamtlichen HelferInnen, konnten die umfangreichen kulturellen Aktivitäten der Interkulturellen Bühne bisher gestemmt werden.

Der Gründer der Bühne, Yusuf Kılıç, arbeitet seit 1995 mit großem Erfolg daran, Kunst und Kultur in fast allen Sparten der darstellenden und bildenden Künste professionell zu erarbeiten und seinem Publikum zu präsentieren.

Stetig wachsende BesucherInnenzahlen (inzwischen ca. 500 -1.000 Besucher pro Monat) und das positive Feedback der ZuschauerInnen und KünstlerInnen zeigen, dass der eingeschlagene Weg der Richtige ist.

Die Interkulturelle Bühne ist inzwischen eine feste Adresse im Frankfurter Kulturbetrieb. Sie bietet bundesweit NachwuchskünstlerInnen aller Sparten und Nationen, freien Theatergruppen und auch der Improvisationstheaterszene aus dem Rhein-Main-Gebiet mitunter die einzigen professionellen Auftritts- und Ausstellungsmöglichkeiten in Frankfurt.

Zunehmend finden auch etablierte KünstlerInnen den Weg nach Alt Bornheim.

Darüber hinaus initiiert die Interkulturelle Bühne mit dem inzwischen 8. Kulturfestival „days of respect“ und dem über 700 Mitglieder starkem Künstlernetzwerk erfolgreiche Plattformen zum kulturellen Dialog.

Damit ist die Interkulturelle Bühne mehr als nur ein Theater. Gelebte Integration, intensive Kulturarbeit und Völkerverständigung sind existenzielle Pfeiler der Interkulturellen Bühne. Dieses positive Beispiel intensiver, professioneller und erfolgreicher Integration, Stadtteil- und Kulturarbeit, sowie aktiver Nachwuchsförderung gilt es zu erhalten und langfristig zu sichern. Für die kulturelle Vielfalt der Stadt wäre ein Ende der Interkulturellen Bühne ein herber Verlust.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

Zuschuss für "naxos. KINO IM THEATER"

Produktbereich: 21 Kultur

Projektgruppe: 21.01 kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das naxos. KINO IM THEATER wird mit einer Summe von 5.400 Euro gefördert.

Begründung:

Das naxos. KINO IM THEATER ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und rechtlich vom Theater Willy Praml und dem Verein „Kulturelle Erziehung in Hessen“ völlig unabhängig. Das Theater vermietet dem Verein dienstags die Naxoshalle für seine Filmabende. Dort werden hochwertige Dokumentarfilme gezeigt. Grundsätzlich folgen noch Gesprächsrunden mit den Regisseuren und Experten zum jeweiligen Thema. Für dieses Engagement wurde das Kino mehrfach mit dem hessischen Filmpreis geehrt. Eine getrennte Förderung des Projektes von dem Theater Willy Praml ist möglich und geboten.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Begegnung muss bezahlbar sein: Zuschüsse für die Vereinsveranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH erhöhen

Produktbereich: 21 Kultur, Freizeit und Sport
Produktgruppe: 21.01 Kulturelle Dienstleistungen und Projekte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Der städtische Zuschuss für die Förderung von Veranstaltungen von Vereinen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH wird von 5.206.500 Euro auf 7.000.000 Euro angehoben.
- Die Preiserhöhung für die Anmietung der Räume der Saalbau wird zurückgenommen.

Begründung:

In Frankfurt sind mehr als 360.000 BürgerInnen in Vereinen organisiert. Vereine leisten einen wesentlichen Beitrag für das Zusammenleben und die Integration in unserer Stadt. Eine wichtige Grundlage der vielfältigen Aktivitäten von Vereinen ist die Nutzung der Gemeinschaftshäuser der Saalbau GmbH für ihre Veranstaltungen.

Zwar unterstützt die Stadt Frankfurt die Aktivitäten von Vereinen durch einen Zuschuss, sodass die Vereine einen geringen Eigenanteil entrichten müssen. Allerdings ist der Zuschuss an die Vereine für die Raumanmietung in den Häusern der Saalbau GmbH viel zu niedrig angesetzt und auf einen jährlichen Betrag von 5,2 Millionen Euro begrenzt. Ist dieser Förderbetrag erschöpft, bedeutet das für die Vereine, dass ihnen oftmals der komplett anfallende Mietbetrag in Rechnung gestellt wird.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail:

info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet:

www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Insbesondere kleine Vereine können kaum die reguläre Miete, ebenso wenig, wie die anfallenden Kosten für Bestuhlung und Beschallung aufbringen. Es muss jedoch im Interesse der Stadt sein allen Vereinen unabhängig von ihrer Finanzstärke die Ausrichtung ihrer Veranstaltungen in den Gemeinschaftshäusern der Saalbau GmbH zu ermöglichen. Ohne Erhöhung des städtischen Zuschusses wird es zu einer erheblichen Einschränkung des Sport- und Kulturangebots durch die Vereine in unserer Stadt kommen.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Erfolgsmodell „Stadttaubenprojekt“ in Oberrad finanzieren

Produktbereich: 22 Umwelt

Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Verein Stadttaubenprojekt Frankfurt erhält eine Förderung in Höhe von 25.000 Euro. Die entsprechenden Mittel werden in den Haushalt eingestellt.

Begründung:

Das Stadttaubenprojekt hat sich zum Ziel gesetzt, den Bestand an Tauben in der Stadt auf tierschutzgerechte Weise zu reduzieren.

Das Stadttaubenprojekt ist, wie schon der Name sagt, in der Stadt und für die Stadt tätig. Jedes Jahr tritt das Stadttaubenprojekt ca. 2500 Mal in Aktion um verletzte Tiere zu bergen und zu versorgen. Egal, ob es Kinder oder besorgte Bürger sind, die melden, dass Tauben verletzt oder gequält wurden, oder ob Frankfurter über die öffentlichen Ämter, z.B. dem Ordnungsamt an das Projekt weiterverwiesen werden. Das Stadttaubenprojekt hilft schnell und unbürokratisch und auf eigene Kosten. Allein im Jahr 2013 wurden bisher 10 000 Euro an Benzinkosten benötigt.

Um zumindest die Futter- und Tierarzkosten für das Projekt zu sichern und um die Kotentsorgung zu bezahlen, die die Frankfurter FES dem Verein jährlich für Sondermüll mit ca. 8.500 Euro in Rechnung stellt, ist o. g. Betrag dringend nötig. (Kot, der ansonsten auf unseren Straßen landen würde).

Bevor dieses Projekt ins Leben gerufen wurde, das in anderen Städten bereits seit vielen Jahren besteht, hat die Stadt Frankfurt auf Vertreibung durch Greifvögel gesetzt. Das war nicht nur völlig unwirksam, unethisch und ein Verstoß gegen den Tierschutz, es hat auch ein Vielfaches an Kosten verursacht und der Bestand wurde nicht im Geringsten minimiert.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Durch das Stadttaubenprojekt werden nicht nur teure Schäden an Gebäuden verhindert. Es fördert auch durch Besuche von Familien und Schulklassen Respekt für alle Tiere. Für seine Arbeit wurde das Projekt im Jahr 2007 mit dem Hessischen Tierschutzpreis ausgezeichnet.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

**Dem Klimawandel begegnen – mehr Gelder für die
Grünflächen**

Produktbereich: 22 Umwelt
Produktgruppe: 22.01 Umweltplanung und Umweltservice
Produktgruppe: 22.09 Grün- und Freiflächen

Im Bereich Umwelt und Klima muss das Engagement der Stadt zunehmen. Die investiven Maßnahmen in Grün- und Freiflächen sind nicht ausreichend, die Pflegesituation in den Park- und Grünanlagen ist unbefriedigend.

Dass mit heißeren Sommern Begrünungen in hoch versiegelten Innenstadtbereichen eine zunehmend wichtige regulierende Funktion haben, ist zum Gemeinplatz geworden. Dass Begrünung das Mikro-Klima verbessert, Überhitzung vorbeugt, Luftschadstoffe filtert, bei der Reduzierung von Lärm unterstützend wirkt, Sauerstoff produziert, Menschen erfreut und Lebensraum für Vögel, Insekten und Kleintiere bietet, ist unbestritten.

Mit der Steigerung des Anteils von „Stadtgrün“, beispielsweise durch Neuanpflanzung von Bäumen, Fassaden- und Dachbegrünung, können in kurzer Zeit Verbesserungen des Stadtklimas bewirkt werden.

Darüber hinaus müssen gezielt Maßnahmen ergriffen werden, um der weiteren Versiegelung von Flächen entgegen zu wirken und die Entsiegelung auf hoch verdichteten Grundstücken voran zu treiben.

Die Pflege der städtischen Grün- und Freiflächen ist, sowohl in Bezug auf Nachhaltigkeit als auch unter Berücksichtigung des Erhalts der Artenvielfalt, zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Ab 2014 werden jährlich zusätzlich drei Millionen Euro zur Begrünung und Neupflanzung von Bäumen, besonders im innerstädtischen Bereich, im Haushalt bereitgestellt. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf Wohngebiete mit starker Verkehrsbelastung sowie Straßenbegleitbegrünung gelegt werden.
Für den Pflegemehraufwand werden entsprechende Mittel für die Pflege und Unterhaltung der Grünflächen bereitgestellt.
2. Der Magistrat legt ein Förderprogramm auf, um bei der Begrünung von Fassaden und Dächern zu beraten und finanziell zu unterstützen.
Zur Information, Beratung und Betreuung des Programms müssen Personal- und Sachmittel im Haushalt berücksichtigt werden.
3. Die Stadt wird aufgefordert Vorschläge zu entwickeln, um der weiteren Versiegelung von Flächen aktiv entgegen zu wirken und bereits versiegelte Flächen zurückzubauen. Hier sind Mittel für eine Machbarkeitsstudie einzustellen.
4. Der Ausgabenschlüssel für die Pflege und den Erhalt der städtischen Grün- und Freiflächen wird auf ein Niveau angehoben, das eine nachhaltige und sachgemäße Grünflächenpflege ermöglicht.
Hier müssen ausreichend Mittel für Sach- und Personalkosten im Haushalt bereitgestellt werden, auch, um tariflich abgesicherte Arbeitsplätze zu schaffen.
5. Die Personalausstattung der Unteren Naturschutzbehörde wird so verbessert, dass diese Behörde ihre Aufgaben auch erfüllen kann.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:
Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Die Arbeit der Seniorenbeiräte unterstützen und anerkennen

Produktbereich: 30 Büro OB/Betreuung der Gremien

Produktgruppe: 30.02 Stadtverordnetenversammlung/Ortsbeiräte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Mit dem Haushalt 2014 erhalten die Beiräte für Seniorinnen und Senioren sowie deren Stellvertreterinnen und -vertreter die Möglichkeit, die kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs in Frankfurt bei der Stadt zu beantragen. Die Stadt übernimmt die Fahrtkosten. Die Mittel werden in den Haushalt 2014 eingestellt.

Begründung:

Die von den Ortsbeiräten gewählten Beiräte für Seniorinnen und Senioren erhalten als Aufwandsentschädigung 108,- Euro im Jahr. Diese werden zum jeweiligen Jahresende in einer Einmalzahlung an die Beiräte überwiesen. Diese Zahlung deckt weder den ökonomischen noch den zeitlichen Aufwand ab, der von den Beiräten erbracht wird.

Die Möglichkeit der Beantragung einer Fahrkarte für den ÖPNV, deren Kosten die Stadt übernimmt, ist dabei nicht als angemessene Aufwandsentschädigung zu betrachten, sondern vielmehr als Unterstützung, Aufwertung und Anerkennung der ehrenamtlichen Arbeit der Beiräte für Seniorinnen und Senioren sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Neue Stellen im Hochbauamt schaffen

Produktbereich: 34 Grundstücks- und Gebäudemanagement
Produktgruppe: 34.01 Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Im Hochbauamt werden neue Stellen geschaffen. Die notwendigen Mittel sind im Haushalt 2014 einzustellen.

Begründung:

Es ist notwendig, dass im Hochbauamt neue Stellen geschaffen werden. Der Stellenabbau der vergangenen Jahre in der kommunalen Verwaltung hat dazu geführt, dass zentrale Aufgabenbereiche nicht mehr erfüllt werden können. Besonders deutlich tritt dies bei der Kostenkontrolle im Bereich Planen und Bauen sowie bei der Bauüberwachung zutage, die aufgrund fehlender Personalkapazitäten nur unzureichend durchgeführt werden können, was oft gravierende Mehrkosten zur Folge hatte.

Allein die hohen Mehrkosten und die Zeitverzögerungen beim Bau verschiedener Kindertagesstätten zeigen, dass insbesondere für den weiteren Bau von Kindertagesstätten mehr Personal eingesetzt werden muss.

Das Hochbauamt hat in den vergangenen 25 Jahren viele Stellen verloren. Heute gibt es noch 204 Stellen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind u. a. für die Sanierung und Bauunterhaltung von 160 städtischen Schulen und 130 kommunalen Kindertagesstätten zuständig. Im Rahmen des technischen Gebäudemanagements werden ca. 3.300 Gebäude betreut.

Aufgrund fehlender eigener Personalkapazitäten muss die Stadtregierung externe Planungsbüros einsetzen, die nachweislich teurer sind als eine Planung in Eigenregie. Im Jahr werden etwa 1000 Aufträge an externe Fachbüros vergeben. Diese Auslagerung von

Aufträgen ist nicht zielführend, zumal der Kontroll-Aufwand trotzdem bei der Stadt verbleibt. An das Hochbauamt werden pro Tag aus der Stadtverwaltung heraus 50 bis 60 neue Aufträge erteilt. Derzeit gibt es rund 220 Bau- und Sanierungsprojekte in Frankfurt, für die das Hochbauamt zuständig ist.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

**Gewerbesteuereinnahmen erhöhen-
mehr Steuerfahnder einsetzen**

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt am Main steigert ihre Gewerbesteuereinnahmen durch die Schaffung von neuen Stellen zur Betriebsprüfung. Hierfür nimmt sie ihre gesetzlichen Mitwirkungsrechte im Steuerermittlungsverfahren (§ 21 Abs. 3 FVG) zur Gewerbesteuer wahr. Die Aufgabe der kommunalen Betriebsprüfung besteht in der Begleitung, Unterstützung und Intensivierung der Betriebsprüfung durch das Finanzamt mit der Zielsetzung, Fehler im Verfahren vorzubeugen, das Verfahren zu beschleunigen und die Gewerbesteuerpflicht der Unternehmen durchzusetzen.

Begründung:

Die Gewerbesteuereinnahmen können durch den Einsatz von kommunalen Betriebsprüfern zusätzlich gesteigert werden. Andere Kommunen haben mit dem Einsatz von kommunalen Betriebsprüfern schon gute Erfahrungen gemacht. In einer Mitteilung zum Einsatz zu städtischen Betriebsprüfern im Bereich Gewerbesteuer der Stadt Köln, heißt es: „Durch die Tätigkeit der Betriebsprüfung werden pro Mitarbeiter und Jahr (nach erfolgter Einarbeitung) durchschnittlich ca. 1 Mio. EUR Gewerbesteuererhöhungen erwirtschaftet, die ansonsten nicht erwirtschaftet würden“ (Stadt Köln: Vorlagen-Nummer 0916/2012).

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Lärmzuschlag für Kurzstreckenflüge!

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Frankfurt führt einen Lärmemissionsbeitrag ein, der für Kurzstreckenflüge in Höhe von 15 Euro für jeden Flug bis 600 Kilometer ab Frankfurter Flughafen erhoben wird.

Begründung:

Mobilität ist ein hohes Kulturgut. DIE LINKE will die Mobilität deshalb auch nicht einschränken oder verbieten, aber - insbesondere vor dem Hintergrund des Klimawandels – alternative und weniger umweltbelastende Mobilitätsangebote unterstützen. Da es im Bereich der Kurzstreckenflüge attraktive Angebote der Deutschen Bahn und anderer Anbieter ohne großen zeitlichen Mehraufwand gibt, möchten wir mit der Abgabe eine Lenkungswirkung hin zum Bahnverkehr anstreben.

Durch die neue Nord-West-Landebahn hat Fluglärm, insbesondere in den von Flugrouten betroffenen Stadtteilen, enorm zugenommen. In den kommenden Jahren muss die Stadt in Maßnahmen zur Reduzierung der Lärmbelastung investieren.

Der Lärmemissionsbeitrag soll einerseits zum Lärmschutz für städtische Einrichtungen verwandt werden, aber auch dem ÖPNV zugutekommen, um die Nutzung alternativer Mobilitätsangebote so komfortabel, barrierefrei und günstig wie möglich gewährleisten zu können.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:
Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Steuergeschenk zurück nehmen- Gewerbesteuer anheben!

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe: 98.06 Steuern und steuerähnliche Einnahmen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Hebesatz für die Gewerbesteuer wird von 460 Punkten auf 490 Punkte erhöht. Insoweit wird der Beschluss § 639 vom 14.09.2006 aufgehoben.
2. Es muss sichergestellt werden, dass die Gewerbesteuerhebesätze regional koordiniert und festgelegt werden. Der Magistrat wird beauftragt, die Harmonisierung der Gewerbesteuerhebesätze in der Region zu initiieren.

Begründung:

DIE LINKE fordert schon seit Jahren die Rückkehr zu einem Gewerbesteuersatz von 490 Punkten statt derzeit 460 Punkten – auf den Wert, der schon unter Walter Wallmann beschlossen wurde. Eine Rückkehr zum alten Satz entspräche einer Erhöhung von 6,5 Prozent. Entgegen vieler Behauptungen trifft eine Erhöhung um diesen Satz die meisten Kleinunternehmer nicht, da ihr zu versteuernder Gewinn meist unter dem Freibetrag liegt. Große Unternehmen würden auch nicht mehr Steuern zahlen als noch vor 2008. Damals hatte die große Koalition im Bund die Steuern insbesondere für Kapitalgesellschaften massiv gesenkt. So wurden zum Beispiel die Gewerbesteuermesszahl von 5 Prozent auf 3,5 Prozent und die Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften von 25 Prozent auf 15 Prozent reduziert.

Die Linke. Fraktion im Römer

Bethmannstraße 3

60311 Frankfurt am Main

e-mail: info@dielinke-fraktion.frankfurt.de

Internet: www.dielinke-im-roemer.de

Telefon : (069) 95 92 909- 0

Fax : (069) 95 92 909- 17

Für Personenunternehmen wurde der Anrechnungsfaktor der gezahlten Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer von 1,8 auf 3,8 erhöht, d.h. sie zahlen weniger Einkommensteuer, weil das zu versteuernde Einkommen geringer wird.

In Frankfurt machte die schwarz-grüne Stadtregierung den großen Konzernen mit der Senkung der Gewerbesteuer von 490 auf 460 Punkte ein zusätzliches Geschenk. Durch die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes in 2006 hat die Stadt von 2007 bis 2012 ca. 550 Millionen Euro weniger Steuereinnahmen erwirtschaftet. Was DIE LINKE heute fordert, ist nichts anderes, als auf das Steuerniveau von vor 2008 zurück zu kommen.

Die Erhöhung der Gewerbesteuer führt auch nicht, wie von Wirtschaftsliberalen behauptet, zu massiven Einnahmeverlusten. So hat die Stadt Duisburg in 2009 den Gewerbesteuerhebesatz von 470 Punkten auf 490 Punkte angehoben. Das Gewerbesteuer-Aufkommen ist von 110 Millionen Euro in 2009 auf 151 Millionen Euro in 2011 angestiegen. Die Stadt Köln hat im selben Jahr den Hebesatz von 450 Punkten auf 475 Punkte angehoben. Hier ist das Gewerbesteueraufkommen ebenfalls gestiegen: Von 783 Millionen in 2009 auf 945 Millionen Euro in 2011. Die Stadt Düsseldorf ging den anderen Weg und senkte den Hebesatz von 445 Punkten in 2008 auf 440 Punkte. Die Einnahmen sanken von 874 Millionen Euro auf 766 Millionen Euro in 2011.

Höhere Steuern sind kein Selbstzweck. Sie dienen der Finanzierung öffentlicher Aufgaben. Mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 490 Punkten würden sich die Einnahmen von Frankfurt um 90 Millionen Euro jährlich erhöhen. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen würde die Stadt nicht die kleinen Leute belasten, sondern das Geld dort holen, wo es liegt: Bei den Banken, Versicherungen und Großkonzernen.

Stattdessen will die schwarz-grüne Stadtregierung jährlich 50 Millionen Euro einsparen. Dafür streicht sie in vielen wichtigen Bereichen die Mittel. Sie hat die Eintrittspreise für den Zoo, den Palmengarten und die Schwimmbäder erhöht. Statt der Gewerbesteuer hoben sie den Grundsteuerhebesatz von 460 Punkten auf 500 Punkte an, also um 8,6 Prozent. Schließlich trifft die Grundsteuer am Ende die kleinen Leute. Für Mieterinnen und Mieter heißt es: Die Nebenkosten steigen, weil die Grundsteuer von den Vermieterinnen und Vermietern voll als Betriebskosten umgelegt werden kann.

Der Widerstand von Schwarz-Grün gegen eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes lässt sich nicht mit sachlichen Argumenten erklären. Vielmehr resultiert ihr Widerstand aus ihrer Klientelpolitik. Schließlich kann eine gerechte Steuerpolitik von Parteien, die Spenden von Industriellenfamilien und Unternehmerverbänden erhalten, nicht erwartet werden.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reiningger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 5. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Leerstand besteuern!

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob der Leerstand von Wohn- und Büroräumen und anderen Gebäuden in Frankfurt am Main zu einem steuerpflichtigen Tatbestand für die Eigentümer nach Art. 106 Abs. 6 GG, § 7 KAG und § 93 HGO werden kann, da infolge von Grundsteuerreduzierung und –befreiung durch Leerstand Mindereinnahmen für die Stadt Frankfurt entstehen.

Begründung:

Ein Instrument, um mehr Einnahmen zu erzielen, ist das Steuerfindungsrecht der Kommunen. Deshalb sieht DIE LINKE in der Leerstands-Abgabe ein angemessenes Instrument für Einnahmensteigerung und den sozialen Ausgleich in der Kommune. Wenn Eigentümer von leer stehenden Immobilien sich unter anderem von der Grundsteuer befreien lassen, belasten sie damit den kommunalen Haushalt nicht nur durch Steuermindereinnahmen. Durch den Leerstand wird die angespannte Wohnungslage in Frankfurt zusätzlich verstärkt.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Lohndumping darf sich nicht lohnen!

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Modell für eine kommunale Abgabe zu entwickeln, mit der Unternehmen belegt werden, die Arbeitnehmer zu einem Monatslohn beschäftigen, der sie zum Bezug von Arbeitslosengeld II zwingt.

Diese Abgabe soll den städtischen Anteil an den Transferleistungen kompensieren.

Begründung:

Die Einführung dieser Abgabe stellt einen kommunalen Impuls für einen Mindestlohn dar. Sie ist ein Zeichen in Richtung sozialer Umverteilung von oben nach unten. Damit soll die Subventionierung der Arbeitsplätze mit niedrigstem Lohn, zumindest auf kommunaler Ebene, zurückgenommen werden.

Mit der Abgabe sollen sich die Lohnkosten für Unternehmen soweit erhöhen, dass es sich für sie nicht mehr lohnt, Menschen mit Niedriglohn zu beschäftigen

Durch den Wegfall von „Aufstockern“ würde für die Kommune die Höhe der Transferzahlungen zurückgehen. Somit stünden der Kommune mehr Mittel zur Verfügung, die für sinnvolle Projekte verwendet werden können.

DIE LINKE. im Römer
Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:
Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reiningger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

FES rekommunalisieren – nie mehr risikolose Gewinne für Remondis garantieren!

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, die Potentiale der Rekommunalisierung in Frankfurt zu prüfen und auszuschöpfen. Vor allem ist die Rekommunalisierung der Frankfurter Entsorgungs- und Servicegesellschaft FES durch den Magistrat zeitnah umzusetzen.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt, sich bei der Landesregierung für die Aufhebung bzw. Lockerung der Subsidiaritätsklausel bezüglich der wirtschaftlichen Tätigkeit von Gemeinden (§ 121 Abs. 1 Nr. 3 HGO) einzusetzen.

Gleichzeitig erhöht die Stadt Frankfurt ihre Anteile an wirtschaftlich tätigen Gesellschaften, an denen sie mittelbar und unmittelbar beteiligt ist.

Begründung:

Neben den steuerrechtlichen Instrumenten besitzt die Kommune weitere Gestaltungsmöglichkeiten zur Einnahmesteigerung. Ein wichtiges Stichwort ist hierbei die Rekommunalisierung. Die Erwartungen, die an die Privatisierung von kommunalem Eigentum geknüpft wurden, sind nicht erfüllt worden. Durch die Privatisierung wurden weder die Kosten für die BürgerInnen gesenkt, noch hat die Qualität der Dienstleistungen

zugenommen. Im Gegenteil. Deshalb sind in den letzten Jahren viele Kommunen dazu übergegangen, Aufgaben wieder in Eigenregie durchzuführen.

Auch in Frankfurt müssen wir die Rekommunalisierung der Abfallentsorgung vorantreiben. Das bisherige Modell einer Partnerschaft mit einem privaten Gesellschafter hat sich als nachteilig für die Kommune erwiesen. Während Frankfurt vor allem die finanziellen Risiken der Abfallentsorgung weitgehend alleine trägt, gehen die Gewinne der FES zur Hälfte an den privaten Anteilseigner Remondis.

Allein in 2012 wurden über 39 Millionen Euro Gewinn an private Gesellschafter von kommunalen Betrieben ausgeschüttet. Grundsätzlich muss gelten: die Überschüsse müssen bei der Stadt verbleiben und der Einfluss der Kommune auf die Unternehmen muss ausgebaut werden.

Erfolgskriterien von Unternehmen dürfen ebenfalls nicht ausschließlich auf betriebswirtschaftliche Kennzahlen reduziert werden. Kommunale Unternehmen müssen sich am Gemeinwohl der städtischen Gesellschaft und an Nachhaltigkeit orientieren. Die Indikatoren lauten: **Sozial, ökologisch-nachhaltig und demokratisch.**

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner



Fraktion im Römer

Eingang:

Frankfurt am Main, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Rekommunalisierung und Schaffung öffentlicher Arbeitsplätze im Bildungsbereich

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In den Haushalt 2014 werden ausreichend Mittel für die Rekommunalisierung zuvor privatisierter Bereiche der öffentlichen Daseinvorsorge bereitgestellt. Ziel ist es, erweiterte kommunale Steuerungsmöglichkeiten zurückzugewinnen.

1. Im Bereich der Schulreinigung wird ein Eigenbetrieb gegründet. Die Beschäftigten des Eigenbetriebes werden sozialversicherungspflichtig beschäftigt.
2. Die städtischen Küchenbetriebe werden wieder eingerichtet und eine dezentrale Essensversorgung eingeführt.
 - a. Der Vertrag mit privaten Anbietern wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt.
 - b. Die Stadt Frankfurt richtet die „Städtischen Küchenbetriebe“ als Koordinierungs- und Verwaltungsstelle wieder ein.
 - c. Die Vergabe der Leistung soll an verschiedene Frankfurter Träger erfolgen, die entweder schon eigene Großküchen unterhalten, oder zeitnah solche Betriebe einrichten können. Bevorzugt werden Einrichtungen, die sich auf die Vermittlung von Menschen mit multipeln Vermittlungshemmnissen („Angepasste Arbeit“) spezialisiert haben.
 - d. Die Mahlzeiten sollen folgenden Ansprüchen genügen
 - Verzicht auf gentechnisch veränderte Lebensmittel.

- Bevorzugung frischer Ware.
- Bevorzugung von Produkten aus biologischem Anbau aus der Rhein-Main-Region.
- Verarbeitung von Frischwaren
- Minimierung von Lieferzeiten und –wegen. Lückenloser Nachweis der Produktlebensläufe.

Begründung:

Die Erfahrungen der Privatisierungswelle der vergangenen 20 Jahre haben gezeigt, dass private Anbieter nicht bessere Qualität und günstigere Leistungen erbringen als kommunale Unternehmen. Derzeit erleben wir ein Umdenken in der Politik: Ehemals privatisierte Bereiche der Daseinsvorsorge werden von Kommunen wieder in kommunale Verantwortung überführt. Beispiele finden sich im gesamten Bundesgebiet.

Mit dem Kauf des Energie- und Wasserversorgers Thüga hat Frankfurt zusammen mit anderen Kommunen einen ersten und wichtigen Schritt getan. In einer Pressemitteilung des Kämmerers Uwe Becker hieß es dazu: Mit der Investition werde „letztlich auch Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen“.

Nun heißt es in anderen Bereichen der Daseinsvorsorge jene Versorgungssicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Rekommunalisierung bedeutet, dass die Daseinsvorsorge weiter in öffentlicher Hand bleibt. Davon profitiert die kommunale Politik durch direkten Einfluss auf die Dienstleistung, den Preis und die Qualität.

Warum eine Rekommunalisierung der Essensversorgung notwendig ist, hat der Gesamtpersonalrat der Stadt Frankfurt am Main in ihrem Informationsflyer "Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen - Fluch oder Segen?" hinreichend dargelegt.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer zum Produkthaushalt 2014

Unnötige oder überteuerte Projekte stoppen!

Produktbereich: verschiedene
Produktgruppe:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Planungs- und Investitionsmittel für folgende Projekte werden gestrichen:

- Streckenneubau der S-Bahn zwischen Flughafen-Regionalbahnhof und Stadion mit Anlage der Station Gateway Gardens: Produktbereich 16, Produktgruppe: 16.11, Projektdef.-Nr.: 5.002424, S. 321 Bd. 2, Siehe auch M 117/2013 (ca. 84,5 Mio. Euro)
- Ortsumfahrung Praunheim: Produktbereich 16, Produktgruppe: 16.03, Projektdef.-Nr.: 5.002453, S. 254 Bd. 2 (Planungskosten 224.000 Euro, geschätzte Gesamtkosten bis zu 65 Mio. Euro)
- Platzanlage Hauptwache: Produktbereich 13, Produktgruppe: 13.01, Projektdef.-Nr.: 5.003007, S. 269 Bd. 1, (ca. 12. Mio. Euro)
- Schirn-Plateau (ehemals Errichtung Stadthaus am Markt): Produktbereich 13, Produktgruppe: 13.01, Projektdef.-Nr.: 5.00564, S. 150 Bd. 2 (ca. 4,6 Mio. Euro)
- Neubebauung Dom-Römer-Areal: Produktbereich 13, Produktgruppe 13.01, Projektdef.-Nr.: 5.005642, S. 151 Bd. 2 (29,991 Mio. Euro)

- Die restlichen Planungsmittel für den Erweiterungsbau des Museums für Weltkulturen. Produktbereich 21, Produktgruppe: 21.23, Projektdef.-Nr.: 5.001924, S. 272 Bd. 1 (ca. 8,3 Mio. Euro)

Begründung:

Die oben aufgelisteten Projekte stellen aus Sicht der LINKEN unnötige Ausgaben dar. Die für diese Projekte eingestellten Mittel könnten in anderen Bereichen sinnvoller eingesetzt werden.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli
Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele
Stv. Lothar Reininger
Stv. Merve Ayyildiz
Stv. Dr. Peter Gärtner

Eingang:

Frankfurt, 6. November 2013

**Etatantrag der Fraktion DIE LINKE. im Römer
zum Produkthaushalt 2014**

**Ein Drittel des Haushaltslochs ist reiner Bluff – Frankfurt wird
künstlich arm gerechnet!**

Produktbereich: 98 Zentrale Finanzwirtschaft
Produktgruppe: 98.10 Kredite und Schuldendienst

Im Frankfurter Haushaltsentwurf für das Jahr 2014 werden maximale Kreditaufnahmen mit 1,07 Mrd. Euro aus dem Jahr 2013 einkalkuliert. Den entsprechenden Magistratsvorlagen sind aber nur Kredite in Höhe von ca. 310 Mio. Euro aus dem Jahr 2013 zu entnehmen. Trotzdem wurde aber mit Zinsaufwendungen für die volle Kreditsumme von 1,07 Mrd. Euro in 2013 kalkuliert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Für die Berechnung der Zinsaufwendungen für die Haushaltsjahre 2014 bis 2017 werden nur die bis zum Ende des Haushaltsjahres 2013 **real aufgenommenen** Kredite herangezogen.
2. Die Positionen der zukünftig auf die realen Kreditaufnahmen entfallenden Zinsen werden im Gesamthaushaltsplan entsprechend angepasst.

Begründung:

Es ist für den Frankfurter Magistrat schon zur Gewohnheit geworden, bei der Aufstellung des Haushalts die Erträge künstlich klein und die Aufwendungen hoch zu rechnen.

Laut dem Entwurf des Haushalts 2014 muss die Stadt zwischen 2014 und 2017 insgesamt 281,33 Millionen Euro für Zinsen ausgeben. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass die Schulden der Stadt Frankfurt maximal ansteigen werden. So geht der Kämmerer davon aus (Zitat aus M 146/2013 Anlage: Begründung, S. 30), „dass aus den noch bestehenden Kreditermächtigungen 2011 und 2012 rd. 780 Mio. € Kredite noch im laufenden Haushaltsjahr aufgenommen werden und die Kreditermächtigung 2013 mit 373 Mio. € voll ausgeschöpft wird. Zusätzlich müssen im Finanzplanungszeitraum bis 2017 neue Investitionskredite in Höhe von 1,07 Mrd. € zur Finanzierung geplanter Investitionen aufgenommen werden. Die Veranschlagung unterstellt damit für 2013 den nahezu größtmöglichen Schuldenzuwachs im Haushaltsjahr 2013 (mit insgesamt 1,07 Mrd. €) und ist Ausdruck einer umsichtigen Einschätzung, die – beginnend mit einem Zinssatz von 2,50 % – im Finanzplanungszeitraum auch steigende Zinsen berücksichtigt.“

Die Summe der tatsächlich aufgenommenen Kredite lag aber bis September 2013 nur bei 310 Millionen Euro. Das geht aus den M-Vorlagen des Magistrats hervor, die den Stadtverordneten vorliegen. Für den Haushalt bedeutet das: Der Magistrat rechnet im Haushaltsplan 2014 mit 760 Millionen Euro mehr Krediten als die Stadt wirklich aufgenommen hat.

Aus der Annahme eines „größtmöglichen Schuldenzuwachses“ resultiert auch die Annahme einer „größtmöglichen Zinsbelastung“. Daraus ergeben sich für den Zinsaufwand gravierende Konsequenzen. Bei einem angenommenen Zinssatz von 2,5 Prozent gibt der Kämmerer an, für das Jahr 2014 knapp 19 Millionen Euro mehr für Zinsen auszugeben, als real zu erwarten sind. Für die Jahre 2015 bis 2017 summieren sich die zu hoch berechneten Zinsausgaben auf über 68 Millionen Euro.

Mit realistisch berechneten Zinsen würden sich die im Haushaltsentwurf angegebenen Defizite in 2014 um 19 Millionen auf 35 Millionen Euro reduzieren. In 2015 läge das Defizit nicht bei 56 Millionen Euro, sondern bei 35 Millionen Euro. Auch in den Jahren 2016 und 2017 würden sich die Defizite anders entwickeln: 2016 wäre das Defizit bei 54 Millionen Euro und nicht bei 76 Millionen Euro und in 2017 würde das Defizit statt 85 Millionen Euro nur 61 Millionen Euro betragen.

Die Tabellen geben die Entwicklung der Ergebnisse mit den Annahmen des Magistrats und den tatsächlichen, bisher aufgenommenen Krediten wider.

Ergebnis laut Haushaltsentwurf 2014				
in T Euro	2014	2015	2016	2017
Verwaltungsergebnis	- 11.456	- 15.012	- 29.574	- 31.746
Finanzerträge	44.995	47.262	47.689	46.978

Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- 86.915	- 88.544	- 94.389	- 100.481
Finanzergebnis	- 41.920	- 41.282	- 46.700	- 53.503
Ordentliches Ergebnis	- 53.376	- 56.294	- 76.274	- 85.249

Ergebnis nach tatsächlichen Kreditaufnahmen in 2013				
in T Euro	2014	2015	2016	2017
Verwaltungsergebnis	- 11.456	- 15.012	- 29.574	- 31.746
Finanzerträge	44.995	47.262	47.689	46.978
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	- 67.915	- 67.644	- 71.589	- 75.781
Finanzergebnis	- 22.920	- 20.382	- 23.900	- 28.803
Ordentliches Ergebnis	- 34.376	- 35.394	- 53.474	- 60.549

Neben der - überhöht angenommenen - Schuldenhöhe spielt bei der Berechnung auch die angenommene Höhe der Zinsen eine Rolle. Der Kämmerer geht hier von einem Zinssatz von 2,5 Prozent aus, der jährlich um ein Viertel-Prozent steigt. Aber angesichts dessen, dass der EZB-Leitzins derzeit bei 0,5 Prozent liegt und die Umlaufrenditen inländischer Inhaberschuldverschreibungen mit einer mittleren Laufzeit bis 10 Jahre knapp 2 Prozent betragen, dürfte die reale Zinsbelastung für die Stadt Frankfurt in den kommenden Jahren deutlich unter den Annahmen des Kämmerers liegen. Es sei denn, die Kredite werden für die Stadt zu extrem ungünstigen Bedingungen aufgenommen.

Die Betrachtung der realen Verschuldung und Zinsen soll nicht dazu dienen, die Situation der Stadt schön zu reden. Es geht im Gegenteil darum, ein korrektes Bild von der finanziellen Situation zu erstellen. Im Haushalt werden einige Positionen wissentlich überzeichnet dargestellt. Die Zinsbelastungen sind nur ein Beispiel dafür. Die Frankfurterinnen und Frankfurter dürfen nicht länger in dem Glauben gelassen werden, sie lebten in einer völlig überschuldeten Stadt und müssten den Gürtel enger schnallen.

Der Kämmerer hatte schon in den letzten Haushalten die Defizite viel höher gerechnet als sie tatsächlich dann waren - mit den entsprechenden Konsequenzen für die Stadtbevölkerung. Aufgrund dieser überzogenen Annahmen in den Haushalten der vergangenen Jahre wurden z.B. die Eintrittspreise für Schwimmbäder, Zoo und

Palmengarten erhöht und die Gebühren hochgeschraubt. Frankfurterinnen und Frankfurter müssen höhere Wohnnebenkosten fürchten, weil der Grundsteuerhebesatz von 460 auf 500 Punkte angehoben wurde.

DIE LINKE. im Römer

Dominike Pauli

Fraktionsvorsitzende

AntragstellerInnen:

Stv. Carmen Thiele

Stv. Lothar Reininger

Stv. Merve Ayyildiz

Stv. Dr. Peter Gärtner